

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten oder Post vierteljährlich 2,25 RM. Einzelnummer 50 Pfg. Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg. Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. Verleger: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelshanser Straße 38/42. Telefon-Nummern: 4300, 4301. Telegramm: Arbeiterband Bochum.

### Kameraden, nützet die Stunde!

„Wenn wir Republikaner aktiv sind, dann ist die Fürstenabfindung zum Teufel!“

Reichskanzler a. D. Josef Wirth, in der Westfalenhalle zu Dortmund.

Morgen, Kumpel, hältst du dein Schicksal in Händen,  
hältst du die Schlüssel,  
die die Pforte dir öffnen,  
die lange genug deines Mühsens lachten,  
hast Macht,  
die dampfen, von Schergen bewachten Schlösser und Wägen  
zu wandeln in Stätten der Freude für deine Kinder.  
Sei auf der Hut!  
Morgen launst du dich durch einen Gang an die Urne  
befreien von einer Last,  
die dich Jahrhunderte drückte  
und dich noch Jahrhunderte hindurch drücken wird,  
wenn du es verkaufst,  
das Urteil zu fällen über die Fürsten,  
die, fremd deiner Not,  
ein Wohlleben führen und dich verachten,  
wenn du, gekrümmt von der Arbeit,  
gerührt von der Last deiner Jahre,  
den Rücken bengt und erbittet ein Scherlein von dem,  
das dir gehören wird,  
wenn du morgen die Rechte gebrauchst,  
die dieser eine Tag dir gibt.  
Nütze die Nacht!  
Rufe die Freunde, den Bruder, die Frau,  
rufe dein Kind an die Urne,  
daß es zeuge für die Schuld der Verurteilten,  
daß es befreie dein Volk von dem drückenden Druck  
der Herren von gestern.  
Tu deine Pflicht  
und vergiß nicht,  
daß du dir tußt, was du tußt.  
Morgen, Kumpel, treffen wir uns an der Urne!

Erich Grisar

Unter der schreienden Ueberschrift: „Das Eigentum in Gefahr!“, nimmt die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ zum Volksentscheid Stellung und schreibt: „Das ist glatte Konfiskation, zu hochdeutsch: Raub.“ Die Bergarbeiter werden sich zu den Auslassungen der „Bergw.-Ztg.“ einzustellen wissen, zumal ja allen Kumpels bekannt ist, daß es zur Aufgabe dieser schwerindustriellen Kohlentante gehört, gerade immer das zu schreiben, was den Interessen der Bergarbeiter entgegensteht. Es ist dieselbe Mentalität der rechtsgerichteten bürgerlichen Presse gewesen, die sich zu der Behauptung verstieg, der Gesetzentwurf zum Volksentscheid über die Fürstenenteignung steigere die „Begehrlichkeit der Massen“. Eine schamlosere Verhöhnung der Volksmassen, die unter den Glenderscheinungen des verlorenen Krieges und der Wirtschaftszerrüttung zu leiden haben, läßt sich gar nicht denken. Es steht nach den amtlichen Ermittlungen fest, daß wir in Deutschland wenigstens 3 1/2 bis 4 Millionen Vollerwerbslose, Kurzarbeiter und Ausgesteuerte haben. Nach den letzten Mitteilungen des Reichsarbeitsministers Dr. Braun haben wir gegenwärtig noch zu unterstützen: 785 000 Kriegsbeschädigte, 1 134 000 rentenberechtigte Kinder, 583 000 Kriegswitwen, 58 000 Volkswaisen und mehr als 200 000 bedürftige Eltern.

Noch in diesen Ziffern allein wird das Elend noch nicht vollständig erfaßt. Die Ermittlungen des Reichsgesundheitsamtes haben ergeben, daß die Zahl der Geburten infolge der Not in dauerndem Rückgang begriffen ist. Seit 1913 hat sich die furchtbare Krankheit der Proletarier, die Tuberkulose, in den deutschen Städten um mehr als 72 Prozent gesteigert. Der Milch-, Brot- und Fleischverbrauch, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, ist um 20 bis über 40 Proz. zurückgegangen. Stichproben an Volksschulkindern

haltungskondard der breiten Volksschichten nach unten gedrückt haben und deshalb auch die Belastung, die aus den Fürstenforderungen entspringt, die Verelendungstendenzen dieser Schichten weiter beschleunigen müßte.

Das neueste Mittel der Fürstenpropaganda ist die Behauptung, daß wenn der Volksentscheid siegreich durchgeht, das ganze Rechtsgefüge unseres Staates in den Grundfesten erschüttert sei. Die monarchistischen Propagandakünstler zaubern damit dem erschauernnden Spießbürger ein Bild wüßtester Phantasie vor das entsetzte Auge und lassen darin die kommende Zeit in Blut und rauchende Trümmer tauchen. Um die ganze Lächerlichkeit dieser Agitationsmethode zu kennzeichnen, sei hier daran erinnert, daß unsere Nachbarrepublik Oesterreich die Habsburger völlig enteignet und außer Landes geschoben hat. Und trotzdem ist die Sintflut und Sodom und Gomorra nicht über dieses Land herein gebrochen. In Wien, der Hauptstadt dieses Landes, fahren die Straßenbahnen noch genau so gut wie vor dieser Enteignung, die Berge Tirols stehen gleichfalls noch unverrückt an ihrer Stelle. Das ganze Anarchiegeschrei der Fürstendienen ist längst in den Raum verhallt und hat sich als das erwiesen, was es in Wirklichkeit war: ein unjauberer Versuch, mit sentimentalen Mitteln der ehernen Gerechtigkeit in den Arm zu fallen. Dasselbe ist zu sagen im Hinblick auf die französischen Verhältnisse. Napoleon III. und seine Dynastie wurde gleichfalls entschädigungslos enteignet. Trotzdem ist Frankreich nicht aus der Geschichte gewischt worden und hat seine Rechtsgrundlagen mindestens so fest verankert, wie alle anderen Staaten auch.

Daß die deutschnationalen Politiker, die im Haupttreffen des Fürstentages stehen, nicht das Volksinteresse, sondern das Fürstentum in den Vordergrund stellen, zeigt sich immer deutlicher. Am Karsten wurde der Beweis für diese Einstellung in der Affäre des Hindenburg-Briefes erbracht, die von dem politischen Rufschreiber von Zoheill protokolliert worden ist. Sogar weit rechtsstehende Blätter sehen sich gezwungen, von derartigen Machinationen abzurücken. Der „Bochumer Anzeiger“, der schwarz-weiß-rot gefärbt ist, schrieb z. B. zu den Auseinandersetzungen über diesen Skandal folgendes:

... für den Vorsitzenden des Reichsbürgerrats scheint das Wohl der früheren Dynastien höher gestanden zu haben als die Rücksicht auf den Reichspräsidenten...

Damit hat sich die Hindenburgbrief-Propaganda, die den Saurbrügel in diesem Kampfe führen sollte, schon in sich selbst erledigt. Die „Westfälische Volks-Zeitung“, das Organ der rechtsgerichteten Zentrumskreise im Ruhrgebiet, schrieb vor kurzem:

„Auf ihre (gemeint ist die Sozialdemokratie. D. Red.) Mitwirkung aber kommt es an, denn mit der Rechten, die nur an die Fürsten, nicht aber an das leidende deutsche Volk denkt, ist die Abfindungsfrage überhaupt nicht zu lösen.“

Eine Lösung im Sinne eines vernünftigen Ausgleichs war bei der Störrigkeit der Fürstenparteien des Reichstags unmöglich. Deshalb gibt es nur einen einzigen Ausweg, und das ist der Sieg des Volkes am 20. Juni in direkter Abstimmung über den vorliegenden Gesetzentwurf. In Deutschland gibt es allein etwa 20 Millionen Handarbeiter. Wenn dazu noch die Millionen Kopfarbeiter, Rentenempfänger, Kriegs- und Inflationsopfer kommen, so muß es uns ein Leichtes sein, die 20 Millionen Ja-Stimmen am 20. Juni an die Wahlurne zu bringen.

Aus den Akten, die anlässlich der letzten großen Polizeiaktion gegen die Butschisten gefunden worden sind, geht hervor, daß die monarchistischen Kampforganisationen in enger Verbindung mit den Häuptern der Fürstenfamilien und mit dem ehemaligen deutschen Kaiser in Doorn stehen. Sollte es diesen Organisationen gelingen, auf einen Anstoß die Macht an sich zu reißen, so sind sie bereit, mit den brachialistischsten Mitteln die Arbeiterbewegung in Blut und Tränen zu erstickern. Die aufgefundenen „Notberfassung“, die z. B. für jeden Streik die Todesstrafe vorschlug, zeigt, daß jeder Arbeiter, der noch einen Funken Selbstachtung in der Brust trägt, sich gegen die Fürsten, ihre hakenkreuzlerischen Helfershelfer und mordgierigen Arbeiterhacker wehren muß.

Bergarbeiter! Die Stunde der Entscheidung stellt sich mit ihrem ganzen Ernst vor uns und erheischt unsere ganze Tatkraft! Wir werden dafür sorgen müssen, daß aus den deutschen Bergbaurevieren heraus den Feinden der Volkswohlfahrt und den fürlichen Schergenrechten die grenzenlose Abscheu kundgetan wird, die alle Kreise aus dem Lager des schaffenden Volkes erfaßt hat.

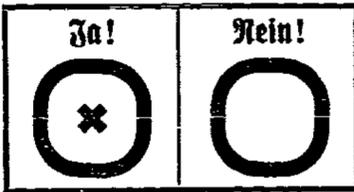
Zwei Welten stehen sich auch in diesem Kampfe gegenüber. Die alte Welt der Fürstenherrlichkeit, des Untertanenstaates der privilegierten Vorrechte und die neue Welt der freien Selbstbestimmung des ganzen Volkes. Uns darf die Entscheidung nicht schwer fallen. Wir stimmen für den Fortschritt, für das Neue gegen den Rückschritt, das Morische und Vergessende.

Am 20. Juni werden die Bergleute mit dafür sorgen, daß über 20 Millionen Wahlberechtigte in Deutschland ihr Kreuz in den Ja-Kreis zeichnen.

**Kameraden! Auf, an die Arbeit!**

### Der Stimmzettel für den 20. Juni:

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden?



**In den Ja-Kreis mache ein Kreuz!**

In der Zeit des erbittertesten Kampfes um die Entscheidung des Volkes am 20. Juni kommt diese Nummer unserer Zeitung in die Hände der Kameraden. Bis in seine Grundfesten ist unser Volk angewühlt. Die alten Mächte sind aus ihren Verstecken herorgetreten und gießen eine wahre Schlammslut der Verleumdung und Verdächtigung über das Land. Millionen und aber Millionen haben die Besitzenden dem Fürstentum zur Verfügung gestellt. Mit dem Uebergewicht der Geldmachpropaganda versucht man das gegen die maßlosen Fürstenforderungen aufbegehrende Volk wieder in den Pfersch der Dummheit zu sperren. Die bürgerliche Presse, die volksvergiftende Macht der modernen Landsknechte der Feder, wie sie Cassalle einstmalig bezeichnete, spricht durch Millionen Kanäle täglich die schmutzigen Argumente der fürstlichen Volksverderber und deren schwarzweißroten Hintermänner in die Stirne von über 25 Millionen Menschen, die heute noch als Leser der bürgerlichen Zeitungen gezählt werden.

Kameraden! In dieser schweren Stunde unseres Volkes, da die Demagogie der Herrschenden droht, den gesunden Menschenverstand zu ertönnen, müssen auch die Bergarbeiter in allen Revieren aus ihrer letzten Reserve herausgehen. Schon oftmals waren die Bergarbeiter Deutschlands die wahren Retter ihres Landes. Immer wieder setzten sie ihr Leben für die Wohlfahrt des Volkes ein, wenn es galt, Opfer zu bringen. Heute ist die entscheidende Stunde nun wieder gekommen. Ihr kampfgewohnter Kumpel, die ihr in den Schächten tausendfacher Todesgefahr getrozt habt, die ihr Tag für Tag im zähen Kampfe steht mit den menschenmordenden Naturgewalten, ihr Knappen aus der Tiefe, müßt in das helle Licht des Tages treten und in vorderster Reihe den Sieg des Volkes am 20. Juni über Tücke und Intrige schwarzweißroter Hoffschranzen erringen helfen!

Die Besenbesitzer, die sich jedes Opfer, das sie bringen mußten, doppelt und dreifach bezahlen ließen, die die Millionensummen der Ruhrkampfschädigung strupellos einstakten und alle Schwierigkeiten immer wieder auf die Bergarbeiter abzuwälzen verstanden, stehen in vorderster Reihe der Widersacher gegen den Volksentscheid. Ihr Machtbündel sträubt sich gegen den Gedanken, daß die breiten Volksschichten selbst ihre eigenen Geschicke in die Hand zu nehmen gedanken und nicht gewillt sein wollen, sich weiter im reaktionären Sinne leithammeln zu lassen. Die Besenbesitzer haben die Front ihres Kampfes sehr weit verbreitert und die schwarzweißroten bürgerlichen Parteien sehr gut vor ihren Karren zu spannen vermocht, als der Reichstag zu dem Knappschaftsgesetzentwurf Stellung nahm. Eng verflochten mit den Parteien, die im Reichstag gewillt sind, den Bergarbeitern die Verschlechterungen der Knappschaftsgesetzlichen Rechte zu bringen, sind die Fürstendienen, die trotz dieser bergarbeiterfeindlichen Haltung im Reichstag sich bemühen, in der Frage des Volksentscheides die Bergarbeitermassen ins Netz der Monarchistenintrigen einzuspannen.

in einzelnen Bergbaurevieren haben ergeben, daß in einem Falle 42 Prozent ohne Frühstück und warmen Morgentrank zur Schule gehen müßten und in einem anderen Falle mehr als 20 Proz. der Kinder kein Gend auf dem Leibe hatten. Das sind Ziffern, die uns allen ans Herz greifen und unsere Kräfte im Kampfe gegen den Heerbann der Fürstenpropaganda verdoppeln müssen. Zum Himmel schreit auch das Elend der kleinen Rentner, der Sozialrentner, der kleinen Sparer, der bedauernswerten Opfer der Inflation. Wo blieb für diese Kategorien die Aufwertung? Rund 56 Milliarden Goldmark waren in der Vorkriegszeit in Hypotheken angelegt. Mit 12 1/2 Proz. sind sie aufgewertet. Das gleiche gilt für 20 Milliarden Spargelder. Ueber 100 Milliarden, die in Anleihen für Reich, Länder und Gemeinden angelegt waren, sind ebenso wie die Kriegsanleihen bis zu einem Bruchteil verloren gegangen. Wer vor dem 15. Juni 1922 seine Hypotheken zurückerhielt, seine Spargelder abhob, ist ohne Entschädigung enteignet. Kein Gericht fand sich, das diesen völlig Verarmten zu Hilfe kam.

Alle diese Momente zeigen, wie weit das zehrende Elend die breiten Volksschichten erfaßt hat. Aus allen Winkeln hervor springt uns die Not an und reiht jede Hoffnung auf einen baldigen Aufstieg zu Boden. Und trotzdem diese Noterscheinung so offenbar ist, magt es die Monarchistenpropaganda, von einer „Steigerung der Begehrlichkeit der breiten Massen“ zu reden.

Der Kampf um die Millionensummen, die bei diesem Volksentscheid eine Rolle spielen, ist nicht leichtfertig durch die Parteien, die hinter dem Gesetzentwurf stehen, vom Zaun gebrochen worden. Erst als die Maßlosigkeit der Fürstenforderungen ins Unendliche stieg, als die Schamlosigkeit der fürstlichen Raubgier schier unfaßbare Größe annahm, als deutsche Richter fürstlichen Landesverrätern, wie Karl Michael von Mecklenburg, Millionensummen in den Schoß geworfen hatten, als selbst die schwarz-weiß-rote thüringische Rechtsregierung einen lebenden Silberzins nach Berlin sandte und davon sprach, daß die Fürstenansprüche in Thüringen das ganze Land ruinieren müßten, wurde die Sawine dieses gewaltigen Kampfes ins Rollen gebracht.

Ueber 100 Fürstenprozesse schweben gegenwärtig und die Gesamtforderungen wachsen, wenn sie kapitalisiert werden sollen, die geradezu unfaßbare Summe von 2550 Millionen Goldmark aus! Das bedeutet, daß jeder Einwohner 42 Mk. und jede deutsche Durchschnittsfamilie mit drei Kindern rund 210 Goldmark zur Befriedigung der fürstlichen Forderungen aufzubringen hätte. Wir haben aus den Erfahrungen gelernt, daß alle Lasten, die der Gesamtwirtschaft auferlegt wurden, immer wieder den Lebens-

# Das Reichsnapphaftgesetz vor dem Reichstagsplenum.

Am 7., 8. und 9. Juni stand die Novelle zum Napphaftgesetz im Plenum des Reichstages zur zweiten Beratung.

In großen Reden nahmen die Parteien Stellung zu dem Entwurf, wie er aus dem Ausschuss kam. Kamerad Janitsch hob noch einmal scharf die Benachteiligungen hervor, die der Entwurf in der Ausschussfassung enthält. Hier ist es zunächst die Verwaltungsfrage. Die Arbeitnehmer sollen drei Fünftel der Beiträge übernehmen und dafür drei Fünftel der Verwaltung haben. Dieser Vorteil wird in sein Gegenteil verkehrt durch die Bestimmungen, die bei manchen Fragen getrennte Abstimmungen der Unternehmer und Arbeitnehmer vorsehen und die den Ausschüssen das gleiche Vertretungsrecht in den Vorständen gibt wie den Arbeitervertretern. Die bürgerlichen Parteien und das Reichsarbeitsministerium haben wohl erkannt, daß die Ausschussfassung unmöglich ist. Ein neuer Antrag will deshalb den Angestellten ein Geschül der Vertretung geben, die die Arbeiter haben. Uns scheint das noch nicht die Gefahr auszuschalten, daß durch Abstimmungen von Angestelltenvertretern auf die Unternehmerseite der Vorteil der Drei-Fünftel-Verwaltung wieder verloren geht.

Die Beseitigung der Altersrente für die Mehrzahl der Versicherten (so kann man die Bestimmungen über die Beschränkung auf den Steinkohlenbergbau und nur die vage Möglichkeit der Gewährung an Gruppen anderer Bergbauarten wohl nennen) ist für uns ebenfalls ein fast untragbar erscheinender Zustand.

Nach scharfer Kritik anderer Verschlechterungen kam Janitsch zu dem Ergebnis, daß der Entwurf in der Ausschussfassung von der sozialdemokratischen Fraktion nicht angenommen werden könne.

Herr Leopold vertrat in scharfer Weise den Standpunkt der Unternehmer. Er schilderte die Lage des Bergbauers trotzlos, die Belastung durch das Gesetz als unerträglich und er hat auch in diesem Sinn eine Reihe von Anträgen gestellt.

Herr Winnefeld von der Deutschen Volkspartei mußte einen rechten Eieranz aufführen. Seine Partei steht fast geschlossen auf dem Standpunkt der Unternehmer. So behauptete Herr Winnefeld, daß der stärkste Widerstand gegen das RKG von 1923 aus Mitteldeutschland gekommen sei. Das richtete sich gegen Herrn Leopold, beseitigt aber nicht die Tatsache, daß insbesondere die Unternehmer von der Ruhr sich am hartnäckigsten (und für die Bergmannsfamilien am gefährlichsten) für die Beseitigung und die Nichtwiedereinführung der Familienhilfe eingesetzt haben. Herr Winnefeld wagte es dann aber auch, die Steigerung des Krankengeldes bis zu 75 Prozent eine Ueberpannung zu nennen! Dabei hatten wir an der Ruhr schon ein Krankengeld bis zu 75 Prozent und wir hatten ein Grundkrankengeld von 60 Prozent, während es jetzt 50 Prozent werden sollen. An der Altersgrenze von 50 Jahren für die Altersrente will Winnefeld festhalten.

Im Buch trat Herr Leopold ziemlich scharf entgegen. Im übrigen verteidigte er die Kompromißbeschlüsse im Ausschuss. Er jagte, daß es auch Unternehmer gebe, die mit der Veränderung der Verwaltung — drei zu zwei Fünftel — einverstanden seien. Namen nannte er nicht. Auf die Dauer, meinte Herr Janitsch (und das scheint uns des Festhaltens wert) müsse man dazu kommen, daß die für Arbeitnehmer geschaffenen Versicherungsanstalten auch nur von ihnen allein verwaltet würden. Auch Janitsch hoffte, daß die neuen Änderungsanträge die Sozialdemokraten bewegen würden, dem Gesetz zuzustimmen.

Der Reichsarbeitsminister sprach zu den einzelnen Fragen. Die Belastung durch die neue Novelle werde von den Arbeitnehmern zu Unrecht auf 40 Millionen Mark geschätzt. Das Reichsarbeitsministerium komme (in der Endsumme gleichlautend mit Schätzungen des Reichsnapphaftgesetzvereins) zu einer Mehrbelastung von 22 Millionen, 4 Millionen für die Pensionskasse, 18 Millionen für die Krankenkasse. Diese letztere Mehrbelastung sei aber auch nicht eine echte Mehrbelastung, da darin die Kosten für die Familienfürsorge enthalten seien, die vor 1924 schon bestanden. Die Schätzung auf 40 Millionen sei u. a. dadurch zustande gekommen, daß man Summen für eventuelle spätere Mehrbelastung eingefügt habe, die entstehen könnten, wenn man freiwillige Mehrleistungen beschließen würde. Weiter habe man bei dieser Schätzung auch mit notwendigen Kürzungen gerechnet. Das sei aber nicht notwendig, da z. B. die Ruhrnapphaft in 1924 66 und in 1925 39 Millionen Uebererschuldung gehabt habe.

Der Vertreter der RPD, Schwan, verteidigte den völlig ablehnenden Standpunkt der RPD zu dem Gesetz und begründete im einzelnen Vorschläge, die wir zum Teil für sachlich und technisch unmöglich halten, für die wir aber auch zum Teil im Ausschuss eingetretten sind.

Schneider von den Demokraten nahm in auffallend heftiger Weise gegen die Sozialdemokraten Stellung, weil sie den Wünschen bürgerlicher (auch gelber, Herr Schneider!) Angestellten nicht gehörend entgegenkämen. Er teilte auch mit, daß es bei den De-

mokraten eine Anzahl gäbe, die unter keinen Umständen den Arbeitnehmern drei Fünftel der Verwaltung zugestehen wollten. Nach kurzen Reden eines Vertreters der Bayerischen Volkspartei und eines Völkischen kam man zur Spezialdebatte.

In unserer nächsten Nummer werden wir den Schlußbericht über die gepflogenen Verhandlungen bringen. Die Spezialberatung hat im großen und ganzen die Annahme der bürgerlichen Kompromißentwürfe gebracht. Die winzigen Änderungen, zu denen sich die bürgerliche Mehrheit verstand, sind sehr mäßig und zwingen uns dazu, mit ganzer Macht gegen die Verschlechterungstendenzen zu agitieren. Die Unternehmerorganisationen aller Grade haben schon überall den Verschlechterungsbedarf begonnen und versuchen, die Öffentlichkeit gegen die „untragbaren Lasten“, die in dem an sich für uns längst nicht zureichenden Gesetzentwurf verankert sind, mobil zu machen.

Unsere Kameraden müssen dafür sorgen, daß die Spannkraft der Arbeiterorganisationen wieder hergestellt wird, um die Voraussetzung für eine Regelung im Sinne der Bergarbeiterinteressen zu schaffen.

# Zentrumsleute gegen Fürstenhabgier, für Volkseinführung!

Deutschnationale und Volksparteier wollen den Sieg des Volkes am 20. Juni verhindern, indem sie zur Stimmenthaltung auffordern. Die Demokraten haben schweren Herzens ihren Anhängern die Abstimmung freigegeben. Das Zentrum mündet sich offiziell gegen das Enteignungsgesetz und läßt diesen seinen Standpunkt durch Geistliche und Bischöfe betätigen. Es fordert aber seine Wähler nicht auf, am 20. Juni der Urne fernzubleiben oder mit „Nein“ zu stimmen.

Weite Kreise des Zentrums, arme Arbeiter, Mittelständler, Kleinbauern haben schon das Volksgehehrn unterschrieben. Sie und noch viel mehr aus diesen Kreisen müssen durch persönliche Agitation am 20. Juni an die Urne gebracht werden!

Man gebe ihnen zu lesen, was Zentrumsblätter und Zentrumsvorgänger zu der Frage sagten: Gegenüber der Forderung der Fürstentümer schrie die „Völkische Volkszeitung“ in Nr. 392:

„Als die Forderungen einiger Fürstentümer bekannt wurden, sagte man sich, daß nun der Gipfel erklimmt sei. Es scheint, daß wir doch noch dies und jenes zu erwarten haben. Wenn nämlich eine deutsche Fürstentochter es fertig bringt, den Berliner Vertrag, unter dessen Lasten das ganze deutsche Volk schmachtet, gegen ihr Vaterland ins Feld zu führen, dann fragt man sich, wie weit wohl der Egoismus noch steigen wird, der hinter der wahnsinnigen Millionenforderung steht. Es fällt wirklich schwer, gerecht zu bleiben, wenn es einigen fürstlichen Familien schwer fällt, anständig zu sein. Man wundern sich bei dieser Sachlage, daß es in Deutschland noch immer Monarchisten gibt.“

In der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ schrieb der Zentrumsvorgänger Prof. Deffauer über die Frage folgendes:

Der Volkseinführung hat nur die Alternative: entweder die Fürsten bekommen alles, was sie schon haben oder durch die formale, auf diese Verhältnisse nicht eingerichtete Gesetzgebung erkräften können — und das sind etwa 1½ Milliarden — oder sie werden enteignet, entschädigungslos, wie die Kriegsober, die Leben oder Hab und Gut verloren haben. So bleibt keine Wahl, das Rechte zu tun, sondern nur die Auswahl zwischen größerem und kleinerem Unrecht. Jeder muß in seinem Gewissen prüfen, welches Unrecht er für das größere hält. Ueberlassung der Millionen an die Fürsten: Raub an einem verarmten Volk; Enteignung ohne Entschädigung: ebensolcher Raub an den Fürsten.

Betrachte ich das Schicksal des deutschen Proletariats, des deutschen Mittelstandes, der Kriegsober, schaue ich mir an, was in den Krankenhäusern vor sich geht und in den Großstädten, denke ich daran, welche schwarze Flut von Qual, Verlassenheit und Irrtum durch die Verlängerung dieses Krieges, durch Unwahrheit und Selbsttäuschung über das deutsche Volk gekommen ist — so verführe ich für meine Person die Ansicht vieler, daß von den beiden Forderungen, zwischen denen wir zu wählen haben, die Enteignung der Fürsten die kleinere ist.“

Millionen von Zentrumslenten verstehen nicht nur diese Theorie des kleineren Übels, sondern sie wollen den raubgierigen früheren Königen, Prinzen, Fürsten und ihren Mätressen nicht Millionen in den Hals werfen in einer Zeit, in der viele Millionen Menschen durch Arbeitslosigkeit und Arzuarbeit völlig verelenden!

Also, Kameraden, in der Aufklärungsarbeit, bei dem Schleppeidienst am 20. Juni wendet man sich nicht nur an Sozialdemokraten und Kommunisten, an freigewerkschaftlich Organisierte, sondern auch an christlich Organisierte, an Zentrumslenten, an Demokraten, an alle armen Leute, mit denen man in Berührung kommen kann!

Keinen Pfennig den Fürsten! Diese Milliarden für die Armeren im Volk!

# Der Enqueteauschuss an der Arbeit.

Der von der Reichsregierung ernannte und gemeinsam dem Reichstag und Reichswirtschaftsrat bestellte Enqueteauschuss der eine Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft vorzunehmen berufen ist, trat am 7. und 8. Juni zusammen. Es galt, die Konstituierung vorzunehmen und einen vorläufigen Arbeitsplan aufzustellen. Die erste Sitzung wurde vom Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius im Namen der Reichsregierung eröffnet und von ihm mit einer programmatischen Rede eingeleitet.

Herr Dr. Curtius hob die Aufgabe hervor, die dem Enqueteauschuss gestellt sei. Das Arbeitsgebiet desselben sei umfassender als alles, was gleichen oder ähnlichen Kommissionen in der ganzen Welt jemals übertragen sei. Es gelte, eine Analyse der gesamten deutschen Volkswirtschaft in Angriff zu nehmen, wozu die Vertreter aller in Frage kommenden Personen und Körperschaften unbedingt seien. Besonders gelte es, das Problem von Arbeitszeit und Arbeitsleistung einer genauen Betrachtung zu unterziehen. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, hierfür eine besondere Untersuchung anzustellen. Es habe sich aber herausgestellt, daß das Arbeitsproblem mit dem gesamten Komplex der Wirtschaft in einem innigen Zusammenhang steht. Deshalb müssen die Beziehungen zwischen Arbeitszeit und Arbeitsleistung einbezogen werden. Der Enqueteauschuss, so führte der Reichswirtschaftsminister ferner an, muß sich auch mit den Gründen und Auswirkungen der gegenwärtigen Krise beschäftigen. Die Bedeutung der Enquete liegt auch darin, daß sie das Schlusswort (?) sprechen wird in den vielfachen Denkströmen und im Tagesstreit wirtschaftlicher Verbände. Die internationale Weltwirtschaftskonferenz, die dem Ausschuss die Aufgabe gestellt, das Material zusammenzutragen, die den ferneren Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz als Unterlage dienen können. Ferner muß untersucht werden, ob die Voraussetzungen heute noch zutreffen, die dem Daweskomitee vor einigen Jahren festgestellt hat. Der Reichsernährungsminister Dr. Haslender wies auf die Bedeutung der Arbeiten des Enqueteauschusses für die Landwirtschaft hin.

Bei der Frage der Besetzung des Präsidiums des Ausschusses schlug die Regierung das Präsidiumsmitglied des Verbandes der deutschen Industrie, Dr. Lammer, als Vorsitzenden vor. Man darf wohl die Hoffnung ausdrücken, daß Dr. Lammer sich seiner bedeutungsvollen Arbeit bewußt ist und in strengster Objektivität die Leitung des Ausschusses wahrnimmt. Dr. Lammer war der Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf der Weltwirtschaftskonferenz. Wenn es aus einem glücklichen Zusammentreffen ist, daß diese beiden Konferenzen in dieser Form personell vereinigt werden konnten, so sind wir uns dennoch der Gefahren bewußt, die darin liegen, daß Dr. Lammer der Vertreter einer einseitigen Interessengruppe ist, zwar der der Industrie ist. Es wird sich im Laufe der Zeit zeigen, ob Herr Lammer die Voraussetzungen zu erfüllen vermag, die an seine Person gestellt werden. Alles weitere muß hier abgewartet werden. Als vorstehende Stellvertreter wurden Dr. Silberding, ferner Graf Kaiserlingk und Professor Sarm bestimmt.

Der vorläufige Arbeitsplan des Enqueteauschusses sieht die Bildung von sechs Unterausschüssen vor, die sich nach den Hauptgebieten der deutschen Wirtschaft gliedern. Der erste dieser Unterausschüsse wird die Struktur der deutschen Volkswirtschaft insbesondere die allgemeinen Grundlagen der Produktion, Standortbedingungen und die wirtschaftlichen Organisationsformen untersuchen. Ferner wird er die bedeutungsvollen Veränderungen der Weltwirtschaft zu prüfen haben, die auf die deutsche Volkswirtschaft zurückwirken. Die Frage der Handelsbilanz, der Nahrungs- und Rohstoffversorgung wird hierbei eine besondere Rolle spielen.

Der Hauptauschuss II soll die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft und ihre Entwicklungsmöglichkeit, nach Betriebsgrößenklassen und nach geographischen Gebieten gegliedert, unterziehen. Insbesondere gilt es hierbei die Produktionsgrundlagen, die Vertriebslage, die Besitzverteilung und den gegenwärtigen Stand der Technik festzustellen. Im einzelnen sind die Kostenfaktoren, die Preisverhältnisse zwischen Produkten und Produktionsmitteln, die Absatzbedingungen, die ausländische Konkurrenz, die Organisationsstruktur des Inlandsabzuges und die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis Gegenstand der Behandlung. Die Möglichkeit der Rationalisierung in der Landwirtschaft u. a. soll sich dem angeschlossen.

Der 3. Hauptauschuss ist derjenige für Gewerbe (Industrie, Handel und Handwerk); dieser wird zunächst die Produktionsgrundlage der deutschen Gewerbetätigkeit, Zahl der Betriebe und beschäftigten Personen, Anlage und Betriebskapital, Unternehmungsformen, technischer Produktionsapparat, Produktionsmenge und -wert, Stand der Arbeitslosigkeit usw. festzustellen haben. Neben den Produktionsgrundlagen spielen die Produ-

# Wissen, Beruf, Technik.

## Die Gehelei.

Man kann darüber streiten, ob in Bezug auf Wissen und Ausstellungen in den letzten Jahren nicht zu viel geschah. Auch gegenüber der Gehelei, der Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen in Düsseldorf wurden Bedenken erhoben, die sich so weit ausweiteten, daß Reich, Staat, Provinzen und Gemeinden sich unzulänglich sehr zurückhaltend und zurückstehend verhielten. Heute muß aber gesagt werden, daß diese Ausstellung großartig gelungen ist. Sie dient nicht wie eine Messe der Werbung für industrielle Erzeugnisse, sondern in der Abteilung „Die Frau“ alles zu haben, was das Herz der Hausfrau begehren kann, wenn sie oder ihr Mann Geld hat. Die Ausstellung ist der Volkswirtschaft in weitestem Sinne dienlich, sie soll zeigen, welche Bedeutung die Gesundheitspflege, die soziale Fürsorge und die Pflege des Körpers durch Tansen, Sport usw. haben. Eins brauchen wir nicht besonders zu betonen: So gewaltig der Einbruch der Ausstellung auch ist, so sehr sie Zeugnis dafür ablegt, was auf diesen Gebieten bisher geschah, und so richtiggehend sie durch ihren Aufbaumunterricht sein kann, all diese Bemerkungen sind Tropfen auf heiße Steine, wenn es nicht gelingt, dem arbeitenden Menschen in der Praxis die Gesundheit zu geben, daß sich um ihn, um den wichtigen Reichtum der Gesellschaft, um seine Arbeitsfähigkeit nicht um alles Recht, was mit dem Aufstieg unseres Volkes zu Gesundheit und Kultur zusammenhängt, sondern daß dies alles nicht für ihn, sondern durch ihn und mit ihm geschieht.

Die Leistungen unserer Gesundheitspflege zeigen sich in ihrer Zusammenfassung auf der Ausstellung in haderbar Weise, die öffentliche Fürsorge zeigt sich in überaus reichem Umfang. Und doch verelenden Millionen bei uns, weil das Proletariat sich noch nicht selber durchgesetzt hat in Staat und Wirtschaft. So verelenden, fischen und fischen Tausende, Zehntausende von Bergmannsfamilien und -frauen, weil ihnen die Unternehmer die Familienfürsorge nehmen! Nur wenn die soziale Fürsorge entscheidend beeinflusst wird durch den Arbeitnehmersinn selbst, erst dann wird wirklich das Sozialerzeugnis der Fürsorge beginnen können.

Wenn man die Ausstellung betritt, stößt man sofort auf ein paar Dinge, die einem zeigen, wie es sein könnte. Wir sehen ein Haus der Jugend, in dem auf 600 qm Raum die gehaltenen Häuser eine musterhafte Ausstellung der Arbeiter- und Jugendverbände von ihrer Erziehungsarbeit Zeugnis ablegen. Vielfache Boden jugendlicher Kunstfertigkeit, behagliche Tages- und Arbeitsräume weiblicher Berufsschulen usw. sehen wir da. Nebenbei sehen wir eine Jugendherberge, von der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz errichtet und für die Eifel bestimmt. Einfach, aber musterhaft enthält der schmale Raum Wohnung für den Wirt, eine Küche, Tagesraum und saubere Schlafäle mit Eigenbetten. Nicht dabei erheben sich zwei Häuserchen, die das Entzücken der Mütter bilden, die die Ausstellung besuchen. Ein von der Kaiserin errichtetes Säuglingsheim, in dem 12 Säuglinge von Schwestern betreut und gehalten werden. Hinter großen Krihallen stehen, schaut das Publikum zu, wie die Kleinsten gepflegt werden. Strandbad und jauchend oder auch mal brüllend sieht die kleine Gesellschaft Tag für Tag die Schwäne an sich vorbeiziehen. Daneben steht ein Kinderheim des Vereins „Vaterland“, in dem an größeren Kindern den Publikum Anbahnungsunterricht erteilt wird, wie Tansen, Sonne, Luft und Wasser den nassen Kindeskörper gesund und erfrischen läßt. Die Besucher sind von diesen Einrichtungen entzückt. Wenn sie nur alle davon denken wollten, wieviel Elend es gegenüber diesen Lichtstrahlen gibt und wie es gemildert und beseitigt werden könnte, wenn die armen Leute es selbst ernstlich wollten!

Etwas von der Seite der Machelei sieht man in anderen Abteilungen, in denen die Volkserhebungen durch Krankheiten aller Art hind- und ziffermäßig dargestellt sind. Man sieht es, wenn man im Haus des RKG den Führer durch den Ausstellungssaal der Regulatoriker zur Hand nimmt. Aus ihm ergeht man, daß ein Arbeiter für eine Bettelohre, die der Fabrikant für 650 Mk. und der Kaufmann für 8 bis 9 Mk. verkauft, 28 Mk. Bettelohre oder eine andere Familie für das Zusammenwachsen von Strümpfen 12 Mk. für 12 Paar erhält. Doch auf das lebenswerte Haus des RKG können wir später zurück.

Neben den Kinder- und Jugendhäusern liegt im Grünen eine alkoholfreie Gaststätte. Das Gegenteil davon ist in vielen Bierhäusern vertreten, die Kramscholle, die die moderne Technik

des Brauwesens zeigen soll, wird reichlich zur Alkoholpropaganda ausgenutzt.

Das Wesentliche der Ausstellung liegt allerdings auf anderen Gebieten. Desterreich zeigt in einem mit sicherem Kunstgefühl, die einen Ueberblick über die sozialen Einrichtungen der Republik gibt. Steiermark, Tirol, Vorarlberg zeigen ihre Erzeugnisse, die Wiener Kliniken und die Polizeidirektion haben ausgestellt. Hinter dem österreichischen Haus erhebt sich das Planetarium, ein mächtiger Rundbau, der in seinem Erdgeschoss Räume für Sportübungen aller Art, Bade- und Wässhalle enthält. In dem gewaltigen Kuppelbau kann zu bestimmten Stunden (leider kostet es 2 Mk. extra) der Besucher dem Aufbau und der Bewegung des Sternensystems zusehen. Durch ein Drud wird die Kuppel um einige Meter gehoben, so daß auch im Kuppelnaal auf einem Rundgang Laufende der Vorführer beimohnen können. Vom Eingang des Planetariums hat man einen weiten Blick auf die ragende Rheinbrücke, den großen Ehrenhof der Ausstellung, ihre Gebäude und weite Landschaft jenseits des Rheins. Links von der Freitreppe des Planetariums liegt die Kunstausstellung, die man im Vorbeigehen nicht zu mißsen kann. Interessant ist zu beobachten, wie neuzeitliche Sport- und Leibesübungen schaffende Künstler angeregt haben. Ein weiterer zur Rechten beginnt das Reich der sozialen Fürsorge mit reichsten Ausstellungen der sozialen Versicherung, Versicherung, Krankenkassenverbände, Berufsgenossenschaften, Reichsnapphaftgesetzverein usw. Das Reichswehrministerium zeigt Aufstellungen für Heer und Marine. „Mensch und Natur“ bietet sich dem Naturgucker eine Stätte. In der anderen Ecke des Ehrenhofs liegt der frühere Kunstpalast. Die Gruppe „Der vorgefällliche Mensch“ führt uns an einer Pflanzensammlung der rekonstruierten Neandertalerschene vorbei zu weiblichen Gruppen, die anschaulich Leben und Entwicklung unserer Vorfahren schildern. Eine so großartige Sammlung vorgefälllicher Funde wie hier sieht man selten zusammen. Weiter führt die berühmte Ausstellung des Dresdener Hygienemuseums, die bedeutend erweitert, Platz gefunden. Der Volkserbau zeigt bemerkenswerte hygienische Ausstellungen, das Rote Kreuz und Berufsverbände, eine Abteilung „Hygienische Volksbelehrung“ Klassenhygiene usw. schließen sich an. Dieser Bau enthält die großartigste Ausstellung, die je auf diesen Gebieten so zusammenfassend gezeigt wurde. Voller Aufregung steht man

Kosten eine große Rolle. Diese sollen ermittelt werden durch Untersuchungen nachstehender Kostenfaktoren: Roh- und Hilfsstoffe, Löhne und Betriebsgehälter (Lohnhöhe, Lohnsystem, Arbeitszeit der einzelnen Arbeitergruppen, Fach- und ungelesene Arbeiter, im Benehmen mit den Untersuchungen des 4. Ausschusses; Verhältnis von Maschinen zur Handarbeit, Verhältnis von „Produktiven“ zum „Unproduktiven“ (Löhne usw.), Aufwendungen auf Grund der sozialen Gesetzgebung, freiwillige und soziale Leistungen usw. Hierher gehört auch der Einfluss der Betriebsgröße, des Standortes, des Beschäftigungsgrades und des wirtschaftlichen Aufbaues der Betriebe auf die Produktionskosten. Ferner die Abziehbedingungen der industriellen Produkte für In- und Ausland; die Organisation des Absatzes (Großhandel, Kleinhandel, Genossenschaften und die Frage der Kartelle und Sympatite). Die Wirkung der Rationalisierung auf die Preisbildung und den Arbeitsmarkt schließt sich dem an.

Ein weiterer Ausschuss hat die Frage des Geld- und Kreditwesens, die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes, die Kreditpolitik der Reichsbank, der Privat- und öffentlichen Banken zum Gegenstand. Desgleichen ist ein Ausschuss für die Untersuchung des öffentlichen Finanzbedarfs vorgehen.

Der 4. Hauptausschuss soll die Wirkung von Arbeitszeit und Arbeitslohn auf die Arbeitsleistungen untersuchen. Hierbei sollen besonders durch vorzunehmende Prüfungen von einzelnen Betrieben der verschiedenen Industrien die Veränderungen der Arbeitsleistungen bei jeweils verschiedenen Arbeitszeiten, Lohnhöhen und Lohnsystemen möglichst isoliert festgestellt werden. Die Untersuchung erstreckt sich ferner auf die Wirkungen verschiedener Arbeitsdauer sowohl beim gleichen Betrieb zu verschiedenen Zeiten wie auch bei verschiedenen Betrieben zu gleichen Zeit.

Damit hätten wir den vorläufigen Arbeitsplan des Enqueteausschusses beschrieben. Keine leichte Aufgabe ist es, die man sich hier gestellt hat. Um so mehr ist es zu wünschen, daß eine Bewältigung des ungeheuren Pensums möglich ist. In jedem Hauptausschuss und den Unterausschüssen sitzen Vertreter der modernen Arbeiterbewegung. Sie haben deren Interessen zu vertreten und um eine genaue Untersuchung besorgt zu sein. Die Gewerkschaften sehen nunmehr den Arbeiten des gebildeten Enqueteausschusses mit großem Interesse entgegen und werden in der Lieferung von Material zur Hand gehen.

### Anspruch der Betriebsräte auf entgangenen Arbeitslohn bei Schein-Stilllegungen.

Die Zeche Glückauf legte am 1. September 1925 den Betrieb still und eröffnete ihn wieder am 3. desselben Monats mit etwa zwei Drittel der früheren Belegschaft. Später wurde nicht nur die alte Belegschaft wieder erreicht, sondern darüber hinaus Bergarbeiter von anderen Schachtanlagen eingestellt. Den Betriebsrat stellte man nicht wieder ein. Nachträglich wollte man zwei Betriebsratsmitglieder wieder einstellen. Die Rechte als Betriebsräte wurden ihnen jedoch verweigert. Darauf klagten die Betriebsräte am Berggewerbegericht auf Untätigkeit der Entlassung und erhoben Anspruch auf entsprechenden Lohnausfall. Die Zeche wurde verurteilt, den Klägern von Nr. 1 bis 7 den Lohn vom 3. bis 5. September zu zahlen. Gleichzeitig wurde dem Klageantrag auf Rechtsunwirksamkeit der Entlassung entsprochen. Die Einstellung erfolgte nicht. Die Zeche legte gegen dieses Urteil Berufung beim Landgericht Dortmund ein. Die Betriebsratsmitglieder erhoben nunmehr, nachdem sie nicht wieder eingestellt wurden, erneut die Forderung auf entgangenen Lohn. Zu den verschiedenen Verhandlungen verfuhrte der Rechtsbeistand der Zeche Glückauf darzulegen, daß eine Scheinstilllegung nicht vorliege. Die Kläger, welche die Austragung dieser Streitfrage dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands übergeben hatten, blieben jedoch die beweiskräftigeren. Die Zeche wurde laut Urteil des Landgerichts Dortmund vom 1. Juni verurteilt: Unter Zurückweisung der Berufungen der Beklagten werden auf die Ansprüche der Kläger die Urteile des Berggewerbegerichts Dortmund vom 5. und 24. November 1925 dahin abgeändert, daß den acht Klägern insgesamt die Summe von 11 679,49 Mk. nebst 4 Proz. Zinsen seit dem 15. Januar 1926 zu zahlen ist.

Auf das Urteil selbst kommen wir noch ausführlich zurück.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Sinkende Arbeitslosenziffer?

Ämtlich wird gemeldet: Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Monats Mai ist von 1 782 000 auf 1 743 000, d. h. um etwas über 2 Prozent zurückgegangen. Die Verminderung kommt diesmal ausschließlich den männlichen Unterstützungsempfängern zugute, die von 1 465 000 auf 1 425 000 abgenommen haben. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterhaltungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 1 818 000 auf 1 764 000 zurückgegangen.

Aus dieser ämtlichen Meldung ist nicht zu ersehen, ob die Arbeitslosenziffer überhaupt zurückgegangen ist. Die Meldung spricht nur von den unterstützten Arbeitslosen. Wieviele aus dieser Zahl und der Wohlfahrtspflege anheimgefallen sind, ist nicht ersichtlich.

#### Wie hoch ist das deutsche Volkseinkommen?

Ueber die Höhe des deutschen Volkseinkommens bestehen große Meinungsverschiedenheiten, die auch in den Denkschriften der Gewerkschaften und des Reichsverbandes der deutschen Industrie zum Ausdruck kamen. Im Vierteljahrsheft des Instituts für Konjunkturforschung wird das deutsche Volkseinkommen für das Jahr 1925 auf 50 bis 55 Milliarden Mark geschätzt. Nach diesen Berechnungen würde das Realeinkommen des deutschen Volkes gegenüber der Vorkriegszeit um 10 bis 15 Prozent zurückgehen. Damit wird die Behauptung der unternehmerfreundlichen Kreise widerlegt, daß das Realeinkommen der breiten Massen über das der Vorkriegszeit hinaussteige. Denn die große Masse der Bevölkerung sind nun einmal die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Und würde deren Einkommen höher sein, dann würde dies in der Gegenüberstellung der Vorkriegszeit und 1925 zum Ausdruck kommen. Aber da man eine Verringerung des Realeinkommens um 10 bis 15 Prozent feststellt, kann man mit Recht behaupten, daß der Vorkriegsstand in der Lohnhöhe noch nicht erreicht ist.

#### Die Reichsbank senkt ihren Diskont herab.

Die Reichsbank hat eine neuerliche Herabsetzung ihrer Zinssätze vorgenommen. Der Reichsbankdiskont wurde von 7 auf 6 1/2 Prozent und der Lombardzinsfuß von 8 auf 7 1/2 Prozent ermäßigt. Die Herrschaft über den Geldmarkt war der Reichsbank zum Teil verloren gegangen. Die Ueberfülle von Geld, die bekanntlich so stark war, daß deutsches Geld, sogenanntes Börsengeld, ins Ausland zur vorübergehenden Anlage abfloß. Das hierzulande brach liegende Kapital wurde also nicht zur Beschäftigung deutscher Arbeiter verwandt, sondern ausländischen Unternehmungen zur Verfügung gestellt. Ein unnatürlicher Zustand, der in der Geschäftsorganisation unserer Wirtschaft seine Ursache hat. Dieser Umstand brachte es aber mit sich, daß die Privatbanken den Geldmarkt zu beherrschen in der Lage waren. Der Diskontsatz der Privatbanken war niedriger als derjenige der Reichsbank. Was sich aus der gekennzeichneten Geldfülle erklären läßt. Der Wechselsstand der Reichsbank nahm ab, während er sich bei den Privatbanken vermehrte.

Man muß nun nicht glauben, daß diese Diskontermäßigung eine große Einwirkung auf die gegenwärtige Wirtschaftslage haben wird. Wenn es an der Kapitalverförmigung liegen würde, dann müßte die Depression der Wirtschaft längst überwunden sein, denn es steht lang- und kurzfristiges Geld hinreichend zur Verfügung, wenn auch noch zu verhältnismäßig hohen Zinssätzen. Aber gegenüber den Verhältnissen im Vorjahre ist doch ein wesentlicher Rückgang der Zinssätze zu verzeichnen. Und dennoch vermag sich die Wirtschaft nicht zu beleben, weil die Krise vor allem eine Absatzkrise ist. Eine Kapitalkrise besteht längst nicht mehr. Dennoch kann die Herabsetzung des Diskontsatzes zum dauernden Zinsabbau beitragen. Mit dem Reichsbankdiskont haben oder werden sich die Debetzinsen der Privatbanken. Auch noch in anderen Fällen ist der Zinsfuß vom Leihgeld vom Reichsbankdiskont abhängig. Daß die Reichsbank nun eine Ermäßigung von 1/2 Prozent vornahm, ist daraus zu erklären, daß man erst die Entwicklung abwarten will. Trete eine Besserung im Wirtschaftsleben ein, dann könnte die Reichsbank bald gezugnen werden, wieder eine Erhöhung vorzunehmen zu müssen. Und dieser Gefahr wollte man aus dem Wege gehen.

#### Die widerspruchsvolle Wirtschaftsentwicklung.

Es ist allgemein bekannt, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate sehr widerspruchsvoll gewesen ist. Während die Arbeitslosigkeit in immer größerer Weise zunahm und sich auch bis heute der Arbeitsmarkt nur wenig gebessert hat, ist auf anderen Gebieten eine viel durchgreifendere Besserung zu verzeichnen. Die Effektenbörse z. B. hat die Krise am besten überstanden. Dieses zeigten die Zusammenstellungen, die die Commerz- und Privatbank allmonatlich in ihrem Wirtschaftsbericht vornimmt, in klarer Weise:

Goldparität	Ende Mai 1926		Ende Dezember 1925	
	Zahl der Aktien in %	in %	Zahl der Aktien in %	in %
unter 50 %	231	26,4	346	46,4
von 50 bis 75 %	234	26,6	228	27,7
von 75 bis 100 %	164	18,6	182	16,1
von 100 bis 150 %	220	25,1	117	8,7
über 150 %	29	3,3	17	1,1
Zusammen	878	100,0	890	100,0

An der Jahreswende betrug also die Zahl der über 100 Proz. stehenden Aktienpapiere an der Berliner Börse 134 oder 9,8 Proz. Ende Mai hingegen notierten 249 Aktienpapiere oder 28,4 Proz. über Parität, die Steigerung betrug mithin 18,6 Proz. Unter 50 Proz. bewegten sich Ende Dezember noch 46,4 Papiere, während bis Ende Mai eine Besserung um 20 Proz. erreicht wurde. Nimmt man demgegenüber die Zahl der Arbeitslosen, so ist vom 1. Januar mit 1 498 681 Vorkriegslosen bis zum 15. Mai, wo die Arbeitslosenziffer auf 1 743 000 emporschnellte, eine Verschlechterung von rund 2 Proz. eingetreten. Ein widerspruchsvolles Bild! Zu demselben Resultat kommt man, wenn man die Kontur- und Geschäftsaufsichten zu einem Vergleich heranzieht. Im Januar 1926 betrug die Zahl der Kontur- und Geschäftsaufsichten 1432. Hingegen wurden im Mai 1042 Kontur- und 712 Geschäftsaufsichten gezählt. Um rund 50 Proz. besserte sich also die Wirtschaftslage, vom Standpunkt der Kontur- und Geschäftsaufsichten betrachtet. Die Wirtschaftslage kann eigentlich nur vom Standpunkt des Arbeitslosenproblems als krank bezeichnet werden. Und diesem steht die kapitalistische Wirtschaft anscheinend ohnmächtig gegenüber, denn es kann nicht gesagt werden, daß man sich allzu eifrig darum bemüht, diesem fressenden Uebel abzuhelfen. In den Sommermonaten mag es noch gehen, aber kommt in den Herbstmonaten die natürliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes hinzu, dann wehe den maßgebenden Körperschaften, die eine Wirtschaftsgegendung nicht früh genug einzuleiten vermöchten. Die Gewerkschaften können von sich sagen, daß sie beizeiten auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht haben. Noch wäre es Zeit, eine energische Belebung des Arbeitsmarktes in die Wege zu leiten!

### Internationale Rundschau.

#### Sturz eines Kabinetts wegen seiner Arbeiterfreundlichkeit.

Die schwedische Regierung hatte angeordnet, daß der bestreikten Stripa keine Arbeitslosen zugewiesen würden, da dort der Streik „allgemein“ sei, also die gesetzliche Berechtigung für die Fernhaltung gegeben war. Die Bürgerlichen behaupteten aber, der Streik sei nicht „allgemein“, die Regierung habe nur zugunsten der Arbeiter das Gesetz falsch ausgelegt. Also fort mit ihr! Die Bürgerlichen stürzten deshalb die Regierung. Im Reichstag wurde ihr Mißtrauensantrag mit 114 gegen 104 Stimmen und im Senat mit 81 gegen 50 Stimmen angenommen.

Solange die sozialistische Regierung die Politik des Landes, besonders die Außenpolitik, glänzend führte, waren die Bürgerlichen still, sobald die Regierung in einer Arbeiterfrage antikapitalistisch handelte, stürzten sie dieselbe!

### Glaube an dich!

„Wer den Himmel nicht in sich selber trägt, der sucht ihn vergebens im ganzen Weltall“, sprach Otto Ludwig einmal. Schön ist das Sternental für den, der es sieht. Schön ist die Lenzesfrönde für den, der sie zu erleben vermag. Und wonnig ist die Zukunft für den, der an sie glaubt, weil ein Keim von diesem Hohen und Schönen schon heute in seiner Seele schlummert und damit den Glauben möglich macht.

Weil du es fühlst, darum ist das Schöne so schön. Weil du in dir einen Funken von Liebe trägst, darum ist so schön die kommende Welt einer geeinten Menschheit.

Aus dir heraus erwächst der Welt ihre Seele. Aus dir glüht der Kampf. Und wenn dich tausendmal auch die Verhältnisse zum Kampfe zwingen, er bleibst Form und Mechanismus, wenn du ihm nicht mit deiner glaubenden Seele den Inhalt gibst.

Kämpfe und glaube an dich! Und du trägst in deinem Kampfe den Himmel der Zukunft in dir.

### Hygiene der Arbeit.

So nötig das Bad ist, der arbeitende Mensch hat es am nötigsten. Deshalb haben Fabriken und Werkstätten in den letzten Jahrzehnten auch verschiedentlich Arbeiterbäder eingeführt. Sie sind noch nicht sehr zahlreich vertreten. Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hat in Baden eine Erhebung veranstaltet, in welchem Umfange dem Volke Gelegenheit zum Baden gegeben wird, und da ist auch das Arbeiterbad in den Kreis der Erhebung einbezogen worden. Die Feststellungen in den badischen Gemeinden haben nun zu dem Ergebnis geführt, daß in 8,8 Proz. der gesamten badischen Gemeinden Arbeiterbäder in Fabriken oder Werkstätten vorhanden sind. So klein die Ziffer auch ist, so bedeutet sie doch einen Fortschritt, und es wäre nur zu begrüßen, wenn die angekündigten näheren Ausführungen über das Ergebnis auch das Arbeiterbad behandeln würden.

### Aus der Praxis des Arbeitsrecht.

#### Errichtung einer neuen Spruchkammer des Berggewerbegerichts Dortmund.

Am 27. März 1926 hat der Minister für Handel und Gewerbe einen zweiten Nachtrag zu den Anordnungen über die Verfassung und die Tätigkeit des Berggewerbegerichts Dortmund vom 6. November 1924 erlassen. Danach wird außer den bereits bestehenden 22 Kammern eine weitere für Castrorpaugel errichtet. Zu diesem Kammerbezirk gehören die Bezirke Graf Schwerin, Erin, Teutoburgia, Lothringen und Mont Cenis. Die Zahl der Mitglieder wird insgesamt von 528 auf 534 erhöht. Ferner erfolgen einige Änderungen und Ergänzungen der Anlagen zu § 4 der Anordnungen, wie das aus dem nachstehend abgedruckten Wortlaut des Nachtrages hervorgeht. Wir bitten, den Nachtrag auszuscheiden und aufzubewahren.

#### Zweiter Nachtrag

Zu den Anordnungen über die Verfassung und die Tätigkeit des Berggewerbegerichts Dortmund vom 6. November 1924.

I. Im § 4 wird im Absatz 1 Zeile 2 die Zahl 528 durch die Zahl 534, im Absatz 2 Zeile 2 die Zahl 22 durch die Zahl 23, weiter unter V die Zahl 24 durch die Zahl 17, unter XI die Zahl 24 durch die Zahl 19 ersetzt und am Schluß hinzugefügt: XIII. Die Kammer Castrorpaugel mit 12 Mitgliedern (Siz in Castrorpaugel).

II. Die Anlage zu § 4 Absatz 3 der Anordnungen wird wie folgt geändert und ergänzt: V. Kammer (Dortmund-West). Steinkohlenbergwerke: 1. Damsa, 2. Dorffeld, 3. Adolph von Hanse- mann, 4. Döpel, 5. Westhausen, 6. Ver. Germania, 7. Zollern. XI. Kammer (Nord-Hochum). Steinkohlenbergwerke: 1. Ver. Constanin der Große, 2. Ver. Präsident, 3. Rudolph, 4. Ver. Carolinenglück, 5. Hannover, 6. Ver. Samthal. XII. Kammer (Berne). Steinkohlenbergwerke: 1. Fern, 2. Victor, 3. Friedrich der Große, 4. Schamrod, 5. von der Heide, 6. Julia, 7. Schamrod 3-4. XIII. Kammer (Castrorpaugel). Steinkohlenbergwerke: 1. Graf Schwerin, 2. Erin, 3. Teutoburgia, 4. Lothringen, 5. Mont Cenis.

III. Die vorstehenden Änderungen treten am 1. April 1926 in Kraft.

Berlin, den 27. März 1926.  
Der Minister für Handel und Gewerbe.

dem Werk katholischer Caritasorganisationen. Auf die wohl- gelangene Ausstellung der Arbeiterwohlfahrt kommen wir noch einmal besonders zurück. Eine bevölkerungspolitische Ausstellung, eine solche, die über die Gefahren des Alkoholismus aufklärt, eine Tuberkuloseausstellung, andere, die die Fürsorge für Merkranten, Kriegsbeschädigte, Krüppel darstellen, schließen sich an. Beschreiben kann man auf knappen Raum nicht alles, ein Tag genügt auch nicht entfernt, um sich nur die Haupt- teile der Ausstellung anzusehen.

Erwähnt sei noch das Haus der Ruhrkohle. Aus der technisch schönen Anlage des Hauses strebt ein moderner Förder- turm empor, der sich dem Gesamtbild der Ausstellung an der Rheinfront neben dem Feueruhrturn, dem Haus des ADGB und anderen charakteristischen Bauten hübsch einfügt. Ueberhaupt die Rheinfront der Ausstellung! Sie bietet ein imponantes Bild die selten eine Ausstellung. In einfacher Antriebsführung streben und weiten sich die Bauten, in der Gesamtwirkung von eigen- artigem Reiz. Und dann muß man diese Front in der abend- lichen Beleuchtung sehen. Hunderttausende von Lichtern erleuchten die Brückenbogen und die fast stundenlange Front der Aus- stellung.

Doch zurück zur Ruhrkohle. Ausstellende sind das Rhein-Weiß- kohlenyndikat, der Verein für die bergbaulichen Interessen, der Dampfseilüberwachungsverein, die Berggewerkschaftskasse, das bakteriologische Institut in Gelsenkirchen, der Ruhrknappheits- verein und die Sektion II der Knappheitsberufsgenossenschaft. Die gebotenen Darstellungen beschränken sich nicht auf die soziale Seite, sondern zeigen in weitem Umfang die technische Seite des Bergbaues. In der Mitte der Halle steht man das Modell einer modernen Zechentagesanlage. Zur Geologie der Steinkohle stellt die Berggewerkschaftskasse durch den be- rühmten Geologen Dr. Kukul reiches Anschauungsmaterial über Entstehung und Verbreitung der Steinkohle im nordwestlichen Teil Europas, die Lagerungs- und Flözverhältnisse im Ruhr- gebiet, aus. Eine Reihe von Rollen sind der Gewinnung und Aufbereitung der Kohle gewidmet. Man sieht das Modell einer neuen Koksöfenanlage, zwei Aufbereitungsmaschinen in Betrieb, wovon die eine die Trennung von Steinkohle und Steinen nach dem spezifischen Gewicht zeigt. Die Möglichkeiten der Kohlen- bergung, Staubföderung usw. werden an reichem Material gezeigt.

Ein Schaubergwerk zeigt eine Zeche unter Tage. Man kann zu diesem Teil im Schacht herunterfahren oder eine Treppe hinabgehen. Man sieht vom Schacht aus den geradeaus laufenden Querschlag, der durch zwei Flöze geht. Grundstrecken zweigen nach beiden Seiten ab, Bremsberge führen hier zu den Teilschächten. Am Füllort sieht man moderne Signalanlagen, maschinelle Aufschiebevorrichtungen, Pumpenanlagen, eine Telephonzentrale, eine Sammlung von Grubenlampen, Schlagwetteranzeiger. Der Streckenausbau ist in Beton und Holz gezeigt. Ein Aufhänger, ein Abbaubetrieb sind dargestellt. Säulenstrammmaschinen, Abbaubänne, Hammer, Dreh- höhrmaschinen, Rollen- und Schüttelrutschen und Stangenstramm- maschinen sind zu sehen.

Die Sektion II zeigt eine Zechenverbandsstube, Bilder aus dem Krankenhaus usw. Unfallzahlen aber nur aus 1924-25. Schieferarbeit und Sprengstofftechnik in ihrer Entwicklung und ihrem Verhältnis zur Gesundheit werden gezeigt, ebenso Welt- wirtschaft und Grubenbeleuchtung. Die Ausstellung in bezug auf die soziale Tätigkeit im Ruhrbergbau betrachten wir gelegentlich einmal besonders.

Was sonst auf der Ausstellung noch alles zu sehen ist? Aus- stellungen für Heizung und Lüftung, Koch- und Waschküchen- richtungen, eine bemerkenswerte Gruppe „Die Frau“, Stadt- und Landföndungen, Wasserförmung und Badeanstalten, Feuer- schutzwesen, Luftfahrt, Ernährungswesen, vieles andere und — ein riesiger Vergnügungspark.

Vorbildlich ist auf der Ausstellung die Fürsorge für die leiblichen Bedürfnisse der Besucher. Man braucht das Haupt- restaurant oder die Rheinterrasse zu besuchen. Wohl ein Duzend Milch- und Mineralwasserhallen gibt es. Im Volksheimhaus gibt es Essen von 60 Pf. an, in einem Fischrestaurant ist es auch nicht teuer. Wenn man sich verproviantiert wie zu einer Wan- derung, braucht der Besuch der Ausstellung außer dem Fahrge- löd nicht viel zu kosten. Leider wird es trotzdem nicht allen, die es wünschen, möglich sein, die Ausstellung zu besuchen, die vom 8. Mai bis Ende Mai schon eine Million Besucher auf- zuweisen hatte.

Anderer, unsere Kameraden interessierende Teile der Aus- stellung, insbesondere das Haus des ADGB, werden wir in einem folgenden Artikel besprechen.

# Fragen der Arbeiterversicherung.

## SPD. und Reichsnachschußgesetz. Was bringt das Reichsnachschußgesetz?

Unter diesem Titel beschäftigt sich der kommunistische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schwan in Nr. 126 des „Ruhr-Schö“ vom 3. Juni mit den Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages zur Knappschußnovelle. Er bemüht sich, sein und seiner Parteifreunde Verhalten im Ausschuss unter das richtige Licht zu stellen, dagegen das Verhalten der anderen Parteien, insbesondere das der Sozialdemokratie, scharf zu beurteilen. Seine Darlegungen gleichen mehr einem Gallimathias als einem Schwanengefang. Bitter beklagt er sich, daß die von ihm gestellten Anträge fast alle abgelehnt wurden, weil eine Einheitsfront von Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie bestanden habe, deren Ziel es gewesen sei, möglichst viel Verschlechterungen in das Gesetz hineinzubringen. Daß diese Einheitsfront in manchen Punkten bei der Abstimmung wirklich bestanden hat, kann nicht abgetritten werden. Wo sie aber in Erscheinung trat, ging sie nicht nur von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie, sondern darüber hinaus bis zu den Kommunisten. Bei all diesen Abstimmungen handelte es sich um nebensächliche Punkte, die sich logischerweise aus den Abstimmungen über grundsätzliche Fragen ergeben und in fast allen Fällen nur reaktionelle Bedeutung hatten. Daß Schwan oftmals in dieser Einheitsfront nicht zu finden war, lag nicht an seiner kommunistischen Einstellung, sondern vielmehr an der Unkenntnis und mangelhaften Beherrschung der Materie. Vom ersten bis zum letzten Tage der Beratungen bestand zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien in allen grundsätzlichen Fragen eine scharfe Scheidung. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem bis zu neunhundert Neunundneunzigstel die Schwanschen Anträge ablehnte und oftmals dagegen stimmte, so geschah das nicht aus Boswilligkeit, sondern lag an der Undurchführbarkeit und teilweise an dem kompletten Unsinn, der aus ihnen sprach. Aus einem Teil der Anträge sah man so eindeutigen Sinn, wie weit die kommunistische Partei der Arbeiterschaft und insbesondere der Bergarbeiterschaft entrückt ist. Stark trat dies in Erscheinung bei den Beratungen über das Kapitel „Umfang der Versicherung“. Die von der SPD. hierzu gestellten Anträge nahmen keine Rücksicht auf die Wünsche und eingegangenen Entscheidungen vieler Arbeiter aus Hütten- und Nebenbetrieben des Bergbaues sowie der Industrie der Steine und Erden. Die Anträge verlangten, daß sämtliche Nebenbetriebe, Hütten, Galerien und die Industrie der Steine und Erden als Knappschußbetriebe zu gelten hätten. Von den Bestrebungen eines großen Teiles der Arbeiter dieser Betriebe, aus der Knappschuß herauszukommen, scheint die SPD. und auch Schwan nichts zu wissen. Daß solche Bestrebungen sich zum Schaben der Knappschuß auswirken, ist für sie unverständlich. Gerade dieses Kapitel war es, welches bei den Beratungen der Novelle im Reichswirtschaftsrat im Brennpunkt der Erörterungen stand und in früheren Verhandlungen im Arbeitsministerium heiß umstritten war. Unzählige Deputationen sprachen beim Bergarbeiterverband vor, ganz zu schweigen von den eingelaufenen Entscheidungen, die alle den einen Wunsch ausdrückten: Heraus aus der Knappschuß! Wenn schon den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen werden soll, was ja gerade immer von der SPD. gefordert wird, so soll man doch, wenn die Möglichkeit gegeben ist, ein Entgegenkommen zeigen, hinhinsehen, daß dadurch die Versicherung nicht gefährdet wird, kein großer Wirrwarr entsteht und keine Schwächung der Arbeiter eintritt, die sie oft selbst nicht übersehen können.

In der Verfassung sollten die Unternehmer vollständig ausgeschlossen werden und nur das Beitragszahlen wollte man ihnen überlassen. Arbeiter und Angestellte sollten keine Beiträge zahlen, jedoch die alleinige Verwaltung und Leitung der Knappschußversicherung übernehmen. Vorstände und Versammlungen sollten zu zwei Dritteln aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Angestellten bestehen. So gut dieser Antrag gemeint sein kann, so weit rückt er vorläufig noch in den Bereich des Unmöglichkeit. Von dieser Unmöglichkeit sah Schwan auch überdeutlich zu sein, denn die Begründung dieses Antrages war sehr laienhaft.

Ganz toll waren die Anträge zum Kapitel „Pensionsstufe“. Wie oberflächlich die SPD. die Knappschußversicherung nimmt und mit wieviel Sachkenntnis Anträge gestellt werden, beweisen die Anträge zu diesem Kapitel, die sie zur Beratung der Novelle zur zweiten Lesung im Klement des Reichstages wiederum gestellt hatten. Sie beantragten:

„Im Artikel 5 erhält folgende Fassung:

### Zubalidenpension.

§ c.

„Versicherte, die das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet, zwanzig Dienstjahre zurückgelegt haben, ganz gleich, mit welcher Arbeit sie während dieser Zeit in Knappschußbetrieben beschäftigt waren und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichten, sind als berufsuntfähig anzusehen. Hat ein Versicherter mehr als zwanzig Jahre, so sind diese den Steigerungssätzen entsprechend voll anzuzählen.“

§ f.

1. Zubalidenpension muß in allen Fällen gezahlt werden, ganz gleich, wie die Berufsunfähigkeit des Mitgliedes zustande gekommen ist.

2. Die Zubalidenpension muß den Angehörigen ganz überwiesen werden, wenn das Mitglied deren Unterhalt bisher ganz oder teilweise aus jenem Arbeitsdienst bestritten hat.

§ g.

Die Zubalidenpension wird nach dem Dienstalter abgemindert. Die Höhe der Zubalidenpension wird für Arbeiter und Angestellte einheitlich nach dem Durchschnittslohn eines revidierenden Steigers des zuständigen Bezirks berechnet. Die Zubalidenpension muß mindestens 50 v. H. und nach zwanzig Dienstjahren mindestens fünfzigprozentig vom Hundert des Sauerbacher Durchschnittslohnes betragen.

§ h.

„Alterspension erhalten auf Antrag Versicherte, die das fünfzigste Lebensjahr vollendet, zwanzig Dienstjahre zurückgelegt haben, ganz gleich, mit welcher Arbeit sie in dieser Zeit in Knappschußbetrieben beschäftigt waren und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichten. Hat ein Versicherter mehr als zwanzig Jahre, so sind diese den Steigerungssätzen entsprechend voll anzuzählen.“

§ i.

Die Alterspension wird nach dem Dienstalter abgemindert. Die Höhe der Alterspension wird einheitlich nach dem Sauerbacher Durchschnittslohn des zuständigen Bezirks berechnet. Die Alterspension muß mindestens fünfzig v. H. und nach zwanzig Dienstjahren mindestens fünfzigprozentig vom Hundert des Sauerbacher Durchschnittslohnes betragen.

Das ist kommunistische Logik. Was man eigentlich will, ist aus den Anträgen nicht herauszubekommen. Sehr viele Stellen, sehr viel Unklarheit! Einmal wird Berufsunfähigkeit angenommen, wenn man 4 Jahre alt ist, 20 Dienstjahre zurückgelegt hat usw., wie es im § c gefordert wird. Zum andern verlangt man Altersrente vom 50. Lebensjahr, wie es im § h heißt. Wer mit 4 Jahren Berufsunfähigkeit bekommt, soll bei über 20 Dienstjahren 75 Proz.

des Steigergehalts als Rente erhalten, wer sie mit 50 Jahren bekommt und über 20 Jahre Dienstjahre hat, nur 75 Prozent des Sauerbacher Durchschnittslohnes. Dieser Unsinn und Widerspruch liegt in der Reichstagsdrucksache Nr. 2315 vor. Erkläret mir, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur! Man bedenke einmal: Mit 45 Jahren, 20 Dienstjahren, wird man automatisch berufsuntfähig ohne ärztliche Untersuchung, kurzum: man ist Pensionär. Die Rente beträgt 75 Prozent des revidierenden Steigergehalts, zweifellos 40 bis 50 Mark mehr, wie ein Gebirgsarbeiter verdient. Ganz abgesehen davon: drei Anträge weiter wird verlangt, daß die Rente erst vom 50. Lebensjahr zu gewährt ist und nur 75 Prozent des Sauerbacher Durchschnittslohnes zu betragen hat. Wenn mit 45 Jahren Berufsunfähigkeit angenommen wird, ist man Alterspensionär. Was der § n soll, ist nur im Geiste eines Kommunisten vorstellbar. Sinnlosler können wirklich keine Anträge gestellt und gedankenlos keine Sozialpolitik getrieben werden. Ähnliche Anträge wurden auch im Ausschuss gestellt. Daß die Sozialdemokratie so etwas nicht mitmachen kann, bedarf keiner weiteren Begründung. Die SPD. nimmt es ernst mit ihrer Arbeit und kann sich nicht der Lächerlichkeit preisgeben.

Aus diesen nur wenigen angeführten Fällen ist ersichtlich, wie unbegründet das Schwansche Klagelied ist. Er wird einsehen müssen, daß man Lebensfragen der Arbeiterschaft mit dem notwendigen Ernst anpacken und behandeln muß und dann auch auf die Mithilfe anderer Parteien rechnen kann.

## Erneute Heße der Unternehmer gegen die Knappschußversicherung.

Als die Unternehmer einsehen, daß ihre Heße gegen das Reichsnachschußgesetz im allgemeinen bei den Bergarbeitern keinen Anklang fand, suchten sie andere Mittel und Wege, um die Heße wirksamer zu gestalten. Nunmehr glauben sie das Mittel darin gefunden zu haben, daß sie die Bergarbeiter einer Bergbauart gegen die anderer Bergbauarten auspielen. Wir haben uns mit dieser Taktik, die vom „Kameraden“ Leopold aus Halle ausging, an dieser Stelle schon befaßt und sie gebührend gekennzeichnet. Heute müssen wir wiederum so einem Vorgehen entgegenreten. Aus dem Kasseler und Brandenburger Braunkohlenrevier werden uns nämlich Lushänge zugefandt, die in letzter Zeit seitens der Unternehmer zur „Aufklärung“ der Belegschaften auf den Werken ausgegangen werden. Wie diese „Aufklärung“ aussieht, mögen die Kameraden aus dem Lushang im Kasseler Revier erfahren. Er lautet wie folgt:

### Zum Ausklang!

Der Reichstag beschäftigt sich zurzeit mit der Aenderung des Reichsnachschußgesetzes. Die bisher gefaßten Beschlüsse bringen den Bergleuten in der Krankenversicherung die lang entbehrte Familienhilfe. Diese Maßnahme ist notwendig und wird von jedermann begrüßt.

Die Beiträge zur Sozialversicherung sind jetzt schon sehr hoch. Durch die Einführung der Familienhilfe werden sie weiter gesteigert, darum hätte man erwarten sollen, daß auf anderen Gebieten eine Beitragsminderung bewerkstelligt worden wäre. Das war auch die ursprüngliche Absicht des Gesetzes. Der Reichstagsausschuß hat aber gerade das Gegenteil getan. Er hat wiederum Zuwendungen auch an solche Versicherten beschlossen, die noch voll erwerbsfähig sind, und hat weiter bereits bestehende davorliegende Zuwendungen in einer Weise erhöht, daß die gesamte Soziallast für den Bergbau auf 430 Millionen Mark im Jahre anwachsen wird, gegenüber einer bisherigen Gesamtlast von 325 Millionen Mark. Dadurch steigen die gesamten Sozialabgaben je Versicherten auf 600 Mk. jährlich, während bisher 457 Mk. je Kopf der Belegschaft an Beiträgen für die verschiedenen Versicherungszweige abzuführen waren.

Weiter hat der Reichstagsausschuß beschlossen, daß die Braunkohlenbergarbeiter für die Invalidenpension anderer Bergbauzweige mit aufkommen sollen, obwohl dort ganz andere Lohn- und Gefahrenverhältnisse vorliegen. In Zukunft hätte demnach im heftigsten Braunkohlenbergbau der Arbeiter für die Knappschußliche Rentenversicherung monatlich etwa 9,60 Mk. Beitrag zu zahlen, bisher monatlich nur 4 Mk. In der Krankenversicherung erhöht sich der Beitrag des Arbeiters von 4,50 Mk. auf rund 9 Mk. monatlich.

Auf die Lohnsumme bezogen, sind künftig insgesamt an Versicherungsbeiträgen etwa 28 bis 30 Prozent (bisher 20 Prozent) abzuführen, in anderen Industrien jedoch nur 12 Prozent.

Wäre es nicht gerechter, man gäbe nur denen Renten, und zwar ausfindsreiche und gute Renten, die in der Tat erwerbsunfähig sind, während der Anspruch der noch erwerbsfähigen Versicherten so lange ruht, bis Erwerbsunfähigkeit eintritt?

Wäre es nicht billiger und richtiger, jede Bergbauart mit ihren besonderen Lohnverhältnissen und Gefahrenmomenten trüge ihre Kosten selbstständig, wobei die schlecht fließenden Bergbauzweige, wie Erz, saubere Steinkohle, aus einer Ausgleichskasse beim Reichsnachschußverein unterstützt werden könnten?

So unangeheure, steigende Ausgaben müssen die Wettbewerbsfähigkeit des Bergbaues, ganz besonders aber des heftigsten Braunkohlenbergbaues, erschüttern und neben steigenden Opfern der Werke für die Belegschaften Arbeitslosigkeit, zum mindesten Feterlichkeiten im Gefolge haben.“

Dies wird also der Versuch unternommen, die Bergarbeiter des Kasseler Reviers gegen die Arbeiter anderer Reviere aufzuheizen. Auch sollen die Arbeiter vor den hohen Beiträgen grupplich gemacht werden. Auf die Frage der Belastung der verschiedenen Reviere werden wir zurückkommen, sobald die beabsichtigten Aenderungen des Reichsnachschußgesetzes wirklich Gesetz werden. Sinnvoll ist der Ermahnung der Beitragslasten durch Unternehmer weisen wir die Kameraden auf die früheren Berechnungen dieser Seite hin. Danach hatten die Unternehmer vorgeschlagen, daß im Jahre 1924 die Leistungen der Pensionskassen allein aus der Arbeiterabteilung für das Jahr 1924 225 Millionen Mark betragen würden. Nach dem Jahresbericht der Verwaltung des Reichsnachschußvereins betragen die Ausgaben der Arbeiterabteilung der Pensionskasse 1924 in Wirklichkeit nur 75 970 189,26 Mark. Der Redaktionschef der Unternehmer hat sich also um nicht weniger als rund 150 Millionen oder das Doppelte der wirklichen Summe betrogen.

Deshalb: Wer an die Richtigkeit der Berechnungen der Unternehmer glaubt, der kriegt einen Taler!

## Vorhandssitzung der Niederrheinischen Knappschuß.

Mit einer 13 Punkte umfassenden Tagesordnung hatte sich der Vorstand in der Sitzung vom 4. Juni zu beschäftigen. Die seit langem schwebenden Verhandlungen mit den Ärzten zwecks Festlegung der Arztgebühren wurden nach den Vorschlägen des Kuratoriums erledigt. Danach wird Knappschußarzt Dr. Luos auch für die Orte Kamen und Binsbisch zugelassen und der Bezirk als schwierig nach Gruppe I anerkannt. Für den Ortsteil Schwanheim wird neben den drei vorgezeichneten Ärzten noch Dr. Klans in Mars zugelassen. Eine Anregung des Vorstandes des Kreisvereins, für die Arztgebühren eine Höchstzahl von Mitgliedern (etwa 1000) zuzulassen, wird abgelehnt. Wenn die Höchstzahl es bedingte, soll ein neuer Arzt angestellt werden. Auf diesen Antrag solle auch offenbar die bestehende freie Arztwahl aufzuheben beabsichtigt werden.

Ueberhaupt ist es notwendig, sich in nächster Zukunft mit der Haltung der für die Niederrheinischen Knappschuß amtierenden Ärzte etwas näher zu befassen. In letzter Zeit mehrten sich Fälle, daß Ärzte bei Anträgen auf Gewährung der Versicherung Leistungen für die Antragsteller günstig lautenden Gutachten nach dem letzteren von einem zweiten Gutachter untersucht wurde unter einer nichtsagenden Begründung, zum Teil auch ohne eine solche, wieder zurückziehen. Selbst unter den Kreisvertreter erregt eine derartige Handlungsweise berechtigtes Kopfschütteln und Unwillen. Jedenfalls zeugt die Einstellung dieser Ärzte von einem großen Mangel an Objektivität und einem großen Maß von Oberflächlichkeit bei Ermittlung ihrer Gutachten von einem Schielen nach oben, wie dort der Wind weht. Andererseits ist der glatte Unfall der Herren Ärzte nicht zu erklären. Vertrauen unter den Mitgliedern wird dadurch jedenfalls nicht erreicht. Beschlissen wird, die Verwaltung zu beauftragen, eine Aussprache mit den hauptsächlich in Frage kommenden Ärzten die Hälfte zu veranlassen.

Die Verwaltung berichtet, daß die Krankenkasse in den Monaten Januar bis April einen Zuschuß erforderte in Höhe von 1270 Mk. Der Prozentfuß müßte von 2% auf 2% erhöht werden. Die neuen Sätze sollen ab 1. Juni 1924 erhoben werden. Die Genehmigung für den Umbau des angekauften Hotels „Kaiserhof“ als Verwaltungsgebäude ist von der Aufsichtsbehörde eingetroffen. Der Vorstand bewilligt die erforderlichen Kosten und gibt seine Zustimmung zur Erteilung der Bauaufträge an die Unterverordneten. Die beantragte Versicherung der in Diensten der Knappschuß stehenden Aeltesten gegen Unfall soll möglichst gemacht werden.

## Bezirksversammlung der Halberstädter Knappschuß.

Die am 28. Mai in den „Reichshallen“ zu Magdeburg statt gefundene Bezirksversammlung der Halberstädter Knappschuß zeigte von neuem, daß mit den Unternehmern keine Sozialpolitik zu machen ist, solange sie die wirtschaftliche Uebermacht haben. Der Antrag der Versicherungsvertreter, die Familienhilfe durch Umbau der eingereichten Sondervorschriften wieder einzuführen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Die Arbeiter und Angestellte stimmten dafür, die Unternehmer dagegen. Die Erklärung der Unternehmer, daß sie es freudig begrüßen würden, wenn die Familienhilfe wieder eingeführt würde, aber die Wirtschaft nicht in der Lage, diese Mehrkosten zu tragen, kam einer Verhöhnung der Versicherungsvertreter gleich. Als darauf von den Versicherungsvertretern der Antrag gestellt wurde, auf Grund des § 89 des NKG. und des § 205 b der NKG. die Kosten für die Familienhilfe allein zu tragen, erklärten die Unternehmer, sie könnten den Arbeitern bei den niedrigen Löhnen unmöglich zu zuzahlen, die Kosten allein zu tragen. Deshalb stimmten sie auch gegen diesen Antrag. Wenn sie später bei einem anderen Punkt der Tagesordnung sich bitter darüber beklagten, daß sie bei dem Inkrafttreten der neuen Knappschußnovelle von der Verwaltung fast völlig ausgeschlossen wären, weil die Versicherungsvertreter drei Fünftel und sie nur zwei Fünftel der Stimmen in den einzelnen Körperschaften hätten, so hat wohl die Ablehnung der Wiedereinführung der Familienhilfe durch die Unternehmer zur Genüge bewiesen, daß ihre Vormachtstellung in den Knappschußverwaltungen nun endlich beseitigt werden muß. Mit welchem Recht berufen sich die Unternehmer eigentlich auf die Gleichstellung in den Verwaltungen? Etwa auf die nicht abgeführten 30 Millionen Beitragselder an den NKG.? Wenn man bedenkt, daß von diesen 30 Millionen 15 Millionen von den Arbeitnehmern einbehaltene Beiträge sind, so grenzt das an Betrug. Man müßte sich eigentlich wundern, daß hier der Staatsanwalt noch nicht eingegriffen hat, wenn man nicht wüßte, daß man in der freien Republik Deutschland lebt, wo die Industriellen tun und lassen können was sie wollen. Daß die Unternehmer auf den einzelnen Werken selbstständig die Familienhilfe schon eingeführt haben, nur um das Knappschußgesetz zu sabotieren, müßten sie zugeben. Aber, Bauer, das ist ja etwas ganz anderes, da sind wir doch Herr im Hause!

Von den Versicherungsvertretern wurde weiter bemängelt, daß jetzt erst die Rechnungslegung für 1924 erfolgt sei, und beantragt, daß im ersten Halbjahr nach Ablauf des Geschäftsjahres die Rechnungslegung erfolgen soll. Der Antrag wurde angenommen. Ferner wurde von den Versicherungsvertretern beantragt: Alljährlich findet mindestens eine Versammlung der Knappschuß- und Angestelltenältesten zur Information derselben statt. Auf diesem Antrag wurde nach längerer Aussprache zugestimmt.

Schließlich wurde noch eine Entschließung an den Reichstag einstimmig angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Bezirksversammlung der Halberstädter Knappschuß erhebt gegen den Beschluß des Neunten Ausschusses (Soziale Angelegenheiten) der 80. Proz. der Pensionisten der Invaliden unter Ausschluss der Lasten für die Alterspension auf den Reichsnachschußverein zu übernehmen, Einspruch. Sie beantragt, der Reichstag wolle beschließen, die gesamten Lasten der Pensionskasse hat der Reichsnachschußverein als alleiniger Träger der Versicherung zu übernehmen. Mindestens ist die Novelle zum Reichsnachschußgesetz dahin zu ändern, daß die Pensionslast für die Alterspensionäre ebenso auf den Reichsnachschußverein und die Bezirksvereine verteilt wird, wie die Pensionslast für die nach § 25 des Reichsnachschußgesetzes pensionierten Invaliden.“

Unsere Kameraden können aus dem Verhalten der Unternehmer ersehen, mit welchen Mitteln versucht wird, das Knappschußgesetz zu sabotieren und die Witwenverwaltung durch die Versicherungsvertreter in den einzelnen Körperschaften illusorisch zu machen. Der Entwurf der neuen Knappschußnovelle, wie sie in der dritten Lesung des Neunten Ausschusses angenommen wird, bringt neben einigen Verbesserungen wesentliche Verschlechterungen nicht nur für die Witwen, Waisen und Invaliden, sondern auch für die Mitglieder. Hierzu näher einzugehen ist im Rahmen dieses Berichtes nicht möglich. Angewendet werden kann es nur wenn die Interessiertheit der Arbeiter, Invaliden und Witwen beseitigt wird.

## Vorhandssitzung der Hannoverischen Knappschuß.

In der Sitzung im Mai machte der Vorsitzende von den Besprechungen Mitteilung, die zwischen Vertretern des Vorstandes des Reichsnachschußvereins und der Verwaltung der Hannoverischen Knappschuß über den Sauerdurchschnittslohn gepflogen worden sind. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die bei der Ermittlung des wirklichen Sauerdurchschnittslohnes für den Bezirk entstehen, machte der Vorsitzende den Vorschlag, den Sauerdurchschnittslohn in der Weise festzusetzen, daß zu dem für den Bezirk der Hannoverischen Knappschuß ermittelten durchschnittlichen Sauerdurchschnittslohn 20 Proz. zuge schlagen werden. Es ist anzunehmen, daß der so ermittelte Durchschnittslohn der Wirklichkeit ungefähr entsprechen würde. Schließlich ist beschlossen worden, ab 1. Juni 1924 den Sauerdurchschnittslohn auf 5,60 Mk. festzusetzen unter der Voraussetzung, daß die Hannoverische Knappschuß seitens des Reichsnachschußvereins von der Entrichtung des Beitrages für den Knappschuß befreit wird und ihr die über den derzeitigen Prozentsatz der Ruhrknappschuß hinausgehenden Leistungen erstattet werden, so daß sie als vollwertiger Reichsnachschußverein anerkannt wird. Der Beitrag zur Pensionskasse wurde ab 1. Juni 1924 auf monatlich 10,05 Mk. für jede Seite festgesetzt.

# Aus dem Kreise der Kameraden.

## UNSERE TOTEN

### Peter Meis' letzter Gang.

Am Montag, den 7. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, wurde im Krematorium zu Dortmund die sterbliche Hülle unseres Kameraden Peter Meis den Flammen übergeben. Eine Anzahl Freunde waren erschienen, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Redakteur Bingler vom Gelsenkirchener „Volkswillen“ hielt eine zu Herzen gehende Rede, in der er das vorbildliche Wirken und Streben des Verstorbenen schilderte. Tief ergriffen nahm die Trauerverammlung Abschied von diesem Toten, dessen Leben schlichter Dienst am arbeitenden Volke und insbesondere an den Bergarbeitern war. Es sei mir gestattet, dem am 3. Juni Verstorbenen noch einige Worte des Gedankens in unserer „Bergarb.-Ztg.“ zu widmen. In Nr. 24 unserer Zeitung wurde schon gesagt, daß der Name Peter Meis in Gelsenkirchen mit den Kämpfen des Verbandes um die Knappschaftsreform untrennbar verbunden sei. Im Jahre 1892 wurde Peter Meis als Knappschaftsältester gewählt und führte als Leiter der Opposition im Knappschaftsvorstand einen erbitterten Kampf um die Wahrung der Rechte der Bergarbeiter im Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum. Ende der 90er Jahre hatte es den Anschein, als ob eine Reform des Knappschaftswesens erfolgen sollte. Auf dem Bergarbeiterkongress in Dortmund 1898 wurden die längst spruchreif gewordenen Knappschaftlichen Reformforderungen in einer Resolution zusammengefaßt, die auf dem nächstjährigen Kongress in Halle wiederholt und erneuert wurden. Die Hauptpunkte des Knappschaftlichen Reformprogramms des Bergarbeiterverbandes wurden wie folgt zusammengefaßt:

1. Vereinheitlichung des ganzen deutschen Knappschaftswesens.
2. Gleiche Beiträge der Werkbesitzer und Arbeiter.
3. Einheitsliche Renten, nach Dienstalter berechnet, wobei ein Grundbetrag vorangestellt wird.
4. Beseitigung der Rentenkürzung, d. h. wenn Unfall- und Knappschaftsrente, eventuell Reichsrente zu zahlen sind, solange der Durchschnittslohn der betreffenden Arbeiterklasse nicht überstiegen wird.
5. Verbot der Gründung neuer Knappschaftsvereine.
6. Abschaffung der unständigen Klasse.
7. Gegenseitigkeitsverträge zwischen sämtlichen Vereinen, solange keine Reichsknappschaftskasse besteht.
8. Zulassung der Zahlung einer Anerkennungsgeld im Falle der freiwilligen oder gezwungenen Aufgabe der Bergarbeit.
9. Erhöhung des durchschnittlichen Krankengeldes auf 2 Drittel des Lohnes.
10. Freie Arztwahl, Zulassung von Naturheilkundigen zur Heilpraxis.
11. Erhöhung der Invaliden-, Witwen- und Kinderrenten gemäß der gegebenen Kaufkraft des Geldes.
12. Berechtigung zur Invalidisierung nach 25 Dienstjahren ohne Nachweis der Arbeitsunfähigkeit.
13. Geheimne und direkte Wahl der Ältesten.
14. Einführung von Knappschaftlichen Schiedsgerichten nebst einem letztinstanzlichen Oberschiedsgericht mit paritätischer Besetzung.

Die Ausarbeitung dieses Reformprogramms war mit auf die Tätigkeit des Verstorbenen zurückzuführen. 1899 wurde Peter Meis Arbeitersekretär in Gelsenkirchen. Dieses Amt hat er 25 Jahre ununterbrochen versehen. 1924 trat er in den wohlverdienten Ruhestand. Nur zwei Jahre ist ihm die Ruhe vergönnt gewesen.

Unter zahlreicher Beteiligung fand am Dienstag, den 8. Juni, die Beisetzung der Urne auf dem Hüller Friedhof statt. So vertriebt sich von der alten Garde einer nach dem anderen. Den Jungen hinterlassen sie ein reiches Erbe, eine starke Organisation, die diese mit ihren Leiden und mit ihrem Herzblut gegründet haben.

Fritz Waldhecker.

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

#### Ein beschämender Vorfall.

#### Eine Grubenverwaltung ohne Pietätsgefühl.

Auf der Grube Leopoldine an der Bahn, die zu der Grube Holzappel gehört, geriet am 27. Mai der 33jährige Arbeiter Wolff aus Weimahr unter herunterstürzende Erzmassen und wurde so schwer verletzt, daß er noch am selben Tage im Krankenhause zu Raffau starb. Eine junge Witwe und zwei Kinder trauern am Grabe ihres Ernährers.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht versäumen, die Grubendirektion von Holzappel daran zu erinnern, daß die Verletzten und Toten Anspruch auf eine andere Behandlung haben, als sie dem Verunglückten zuteil wurde. Der Verunglückte mußte länger als eine Stunde in einem mehr als dürftigen Raum unter qualvollen Schmerzen liegen, da auf dieser Grube kein Krantransportwagen vorhanden ist. Der Wagen wurde erst von auswärts herbeigeschafft. Eine Frage möchten wir dabei aufwerfen: Waren die Autos des Herrn Direktors Richter zum Abtransport des Schwerverletzten zu schade?

Selbe Empörung unter der Bevölkerung hat der Rücktransport der Leiche von Raffau nach Weimahr ausgelöst. Die Grubendirektion hat sich nicht geschämt, dazu einen ausgesprochenen Lastwagen, auf dem alles Mögliche transportiert wird, zur Verfügung zu stellen. Der Vater des Verunglückten brach vor Empörung in Tränen aus, als er sah, auf welchem Wagen die Leiche seines Sohnes zurückgebracht wurde. Wir möchten an die Grubendirektion der Stolberger A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation die Frage richten, ob sie wirklich so arm ist, daß sie nicht in der Lage ist, einen in ihren Diensten tödlich Verunglückten einen anderen Wagen zur Verfügung zu stellen. Vor dem Tode sind alle Menschen gleich. Und es ist eine einfache Menschenpflicht, jedem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Dazu fühlt man sich besonders hingezogen, wenn einer, der im besten Lebensalter steht, auf solche tragische Weise aus dem Leben gerissen wird. Die Angehörigen haben den selbstverständlichen Anspruch auf das Mitgefühl, ganz gleich, ob sie Arbeiter oder Werksleute sind. Nun nehmen wir an, der Herr Generaldirektor Dr. Weidmann vom Stolberger Konzern — dem wir im übrigen ein langes Leben wünschen — stirbt in einem Krankenhause. Die Leiche wird zur Beisetzungsfähigkeit auf einem Mistwagen nach seinem Schloß transportiert. Das würde bestimmt bei seinen Angehörigen die hellste Empörung auslösen. Dasselbe ist auch in diesem Falle voranzuziehen. Oder glaubt die Direktion, daß das Pietätsgefühl bei den Arbeitern weniger ausgeprägt ist als in den sogenannten „besseren“ Kreisen?

Wir wollen hoffen, daß diese Zeilen genügen, um in Zukunft ein anderes Verhalten der Direktion der Grube Holzappel bei derartigen Anlässen hervorzurufen.

Im übrigen möchten wir bemerken, daß die Unfälle auf Holzappel einen Umfang annehmen, der über den Durchschnitt hinausgeht. Das kommt aber nicht von ungefähr. Die Unfälle sind auf die grenzenlose Antreiberei zurückzuführen. Vor dem Kriege waren auf der Grube Holzappel einschließlich Leopoldine ein Obersteiger, ein Fabsteiger und vier bis fünf Steiger tätig. Jetzt sind ein Obersteiger, drei Fabsteiger und zwölf Steiger beschäftigt. Die drei Fabsteiger haben die Aufgabe, das Gedinge zu „regulieren“ und gegen den nun einmal nicht beliebten Bergarbeiterverband zu agitieren. Die Leistungen sollen nur durch Antreiberei herausgeholt werden, denn anders kann man das Verhalten der drei Fabsteiger nicht verstehen. Andere Mittel zur Steigerung der Leistung haben die Herren noch nicht erachtet. Die Antreiberei, die sogar manchem Reviersteiger über den Strich geht, ist es, die manche Vorsichtsmaßnahme außer Acht läßt. Wir empfehlen den

Herren Fabsteigern, ihr Augenmerk auch auf andere Dinge zu richten. So ist z. B. die Stollenrede der Grube Leopoldine derart verflammt, daß die Arbeiter dort bis an die Knöchel im Schlamm waten müssen. Dann würde auch notwendig sein, daß die erforderlichen Verbandsmittel u. dergl. einer periodischen Revision unterzogen werden, denn da ist auch nicht alles so wie es sein soll. Auf der Grube Leopoldine fehlt Trinkwasser, Feinschienen und anderes mehr. Auch der Mittelsacht dürfte einer gründlicheren Prüfung unterzogen werden, da sich dort sehr oft Schachtkarambolagen ereignen. Dem zuständigen Bergrevierbeamten, Herrn Bergrat Dohlestein, möchten wir empfehlen, sich ab und zu auch um solche Sachen zu kümmern.

### Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

#### Vollkonferenz der Betriebsräte unseres Verbandes im Bezirk Zeitz.

Unsere Bezirksleitung in Zeitz hatte zum 30. Mai die Betriebsräte aller am Tarif beteiligten Organisationen zu einer Konferenz nach Zeitz einberufen.

Kamerad Walke (Bochum) sprach über die Bedeutung des Tarifvertrages. Er beschäftigte sich mit der praktischen Seite der Frage. Nach dem Zusammenbruch des alten Obrigkeitstaates ist es auch dort, wo der Durchführung von Tarifverträgen energischer Widerstand seitens der Unternehmer geleistet wurde, gelungen, den Tarifgedanken immer mehr zum Durchbruch zu bringen. Das trifft vor allen Dingen auf den Bergbau zu, trotzdem speziell hier von den Unternehmern die Einführung des Tarifvertrages als Unmöglichkeit hingestellt wurde. Träger des Tarifgedankens sind die freien Gewerkschaften, wobei allerdings nicht unbeachtet bleiben darf, daß Bestrebungen vorhanden sind, auch die gelben Vereinigungen, die sogenannten vaterländischen Verbände, die von Unternehmern gebildet sind und gegründet werden, als Tarifkontrahenten zuzulassen. Wenn diese Bestrebungen der Unternehmer bisher auch ohne Erfolg geblieben sind, so ist doch die Tatsache zu verzeichnen, daß sich zwei Schlichter gefunden haben, die die Vertreter dieser Verbände bei Verhandlungen zuließen. Eine an das Arbeitsministerium gerichtete Beschwerde wurde von dem Arbeitsminister dahin beantwortet, daß als Tarifkontrahenten Vereinigungen, die finanzielle Unterstützung der Unternehmer erhalten, nicht als Tarifkontrahenten gelten können. Der Widerstand der Unternehmer gegen die Tarifverträge gründet sich in der Hauptsache auf die Gleichheit der Löhne. Ein Blick in die Tarifverträge beweist, daß dieser Grund vollständig abwegig ist. Neben diesem Widerstand der Unternehmer gibt es auch Hindernisse in unseren eigenen Reihen zu beseitigen, die in der Ablehnung des Tarifvertrages bestehen, weil durch diesen gewisse Bindungen geschaffen werden. Es soll offen anerkannt werden, daß der Tarifvertrag selbst das Allheilmittel nicht ist. Die Tatsache kann aber nicht aus der Welt geschafft werden, daß wo Tarifverträge bestehen, steigende Lohnentzügen und Verringerung der Arbeitszeit zu verzeichnen sind, während dort, wo Tarifverträge nicht vorhanden sind, das gerade Gegenteil der Fall ist. An Hand von Beispielen wies der Referent nach, daß bei Bestehen von Tarifverträgen auch der Rechtsanspruch der Arbeiter ein ganz anderer ist, als wenn der Unternehmer das Lohn- und Arbeitsverhältnis selbstständig bestimmt. Das Recht der Kritik haben nur die Kameraden, die auch wirklich eine vertragsgläubigen Organisation angehören. Unorganisierte haben sich dieses Rechte entäußert, weil durch ihr Verhalten die Macht der Unternehmer und die Schwächung der Arbeiterkraft herbeigeführt wird. Alle heute noch bestehenden Mängel der vorhandenen Tarifverträge können nur durch Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen behoben werden, denn am Ende entscheidet auch hier nicht die Rechts-, sondern die Machtfrage.

Kamerad Heindorf gab einen kurzen Bericht über den Stand der Knappschaftsnovelle, die in allen drei Lezungen den Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages passiert hat. In der dritten Lesung haben die Verbesserungen der ersten und zweiten Lesung eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Unannehmbar für uns sind die neuen Verfassungsbestimmungen, die den Bergarbeitern drei Fünftel der Beiträge auferlegen, ohne daß ihnen dasselbe Recht in der Verwaltung gesichert wird. Durch die neuen Beschlüsse wird die Pensions- und Krankenversicherung der Arbeiter und Angestellten in zwei Abteilungen getrennt, wovon jede Abteilung ihre Vorstandsmitglieder erhält, die zusammen den Gesamtvorstand im Bezirks- sowie im Reichsknappschaftsverein bilden. Mit dieser Regelung wird den Angestellten, die ungefähr den vierzehnten Teil der beschäftigten Bergarbeiter bilden, dasselbe Recht wie den Arbeitern eingeräumt. Darum müssen jetzt alle Kräfte angewandt werden, damit die Vorlage in der Form der dritten Lesung keine Gesetzeskraft erlangt.

Ueber den Vortrag des Kameraden Wendroth entband sich eine lebhafteste Aussprache, an der sich eine ganze Anzahl Redner beteiligten, die sich aber weniger mit der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz beschäftigten. In der Hauptsache wurden einzelne Beschwerden zum Ausdruck gebracht, die in dem Altenburger Revier durch Neuregelung der ärztlichen Versorgung hervorgerufen sind. Die Auffassung der Kameraden der Altenburger Knappschaft kommt im nachstehenden, mit großer Mehrheit angenommenen Antrag zum Ausdruck:

#### Antrag.

Die Betriebsrätekonferenz des Zeitz-Altenburger Reviers spricht sich ganz entschieden gegen das Kurypengelsystem aus und fordert von der Leitung des Bergarbeiterverbandes energisches Festhalten an der freien Arztwahl.

Ferner wurde folgende von der Bezirksleitung vorgelegte Entschließung einstimmig angenommen:

#### Entschließung.

Die am 30. Mai in Zeitz tagende Vollkonferenz der Betriebsräte des Zeitz-Weißeneis-Alttenburger Braunföhrenreviers erachtet die Reichstagsabgeordneten der Arbeiterparteien, bei der Beratung der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz im Reichstage ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß

1. die Einführung der Familienhilfe durchgesetzt,
2. die Verschlechterung der Pensionsparagrafen 25, 26 abgewehrt,
3. die Ausdehnung bejahrter Pensionsparagrafen auf sämtliche Arbeiter im Bergbau vorgenommen wird,
4. daß bei der Neuregelung der Verfassungsbestimmungen die Arbeiterchaft die Vertretung in den einzelnen Körperschaften erhält, auf welche sie nach Zahl und Beitragsleistung Anspruch hat.

Kamerad Weidart forderte die Anwesenden auf, im Sinne der gehörten Ausführungen tätig zu sein und vor allen Dingen nicht in der Werbearbeit zu erlahmen. Wenn Verbesserungen auf allen Gebieten erzielt werden sollen, dann muß noch mehr wie bisher Agitation und Propaganda zur Stärkung der Organisation betrieben werden. Wie notwendig dies ist, ergibt sich schon aus der unerträglich langen Arbeitszeit, unter welcher unsere Kameraden immer noch frönen müssen. Eine Verkürzung kann nur herbeigeführt werden, wenn die Arbeiterchaft eine geschlossene Linie bildet.

Nach Annahme eines Antrages, im Juni einen mit Bücherkontrolle verbundenen Werbemonat zu veranstalten, und nach Bornaahme einiger notwendiger Wahlen fand die harmonisch verlaufene Konferenz ihren Abschluß.

### Unruhliches aus dem Schieferbergbau.

Der Geschäftsgang in der thüringischen Schieferindustrie ist zurzeit ein denkbar ungünstiger. Bei Anbruch der Bauzeit ist auf den Schieferwerken regelmäßig eine Hochkonjunktur zu verzeichnen. Diesmal geht das Schiefergeschäft sehr flau. Das Anjammeln großer Vorräte ist für die Arbeiterchaft kein gutes Zeichen. Die Hauptursache dieser Stodung dürfte in dem Darunterliegen des Hängewerkes, der schwierigen Baugeldbeschaffung und Verzinsung, zum Teil aber auch in der ungenügenden Preisentwicklung des Dachstufers selbst zu suchen sein. Wir erinnern an den Auspruch eines Schieferbruchbesizers in der Vorkriegszeit,

der damals sagte: „Was die erste Qualität Schiefer kostet, kann man den Arbeitern ruhig als Tagelohn bezahlen.“ Und es war auch damals allgemein üblich, daß der volle Lohn mit dem Schieferpreis erster Qualität gleich stand. Daß die Werkbesitzer bei dieser Regelung auch nicht schlecht gefahren sind, beweisen die Reichtlümer, die sich diese Leute in verhältnismäßig kurzer Zeit erworben haben. Aber jetzt, wo man trotz der achtfünftigen Arbeitszeit eher von einer Leistungssteigerung als von einem Leistungsrückgang sprechen kann, steht der Schieferpreis um etwa 80 Proz. über den durchschnittlichen Löhnen. Also in der Zeit, wo die Produktion im Schieferbergbau noch einen primitiveren Charakter zeigte, wo jede Arbeit noch durch Menschenhände geleistet werden mußte, konnte man den Preis für erste Qualität fertiger Ware als Lohn für den Arbeiter bewilligen. Und jetzt, wo man auch im Schieferbergbau mehr und mehr zur maschinellen Einrichtung übergegangen ist, die doch infolge ihrer Leistungsfähigkeit eine Verbilligung der Produktion herbeiführen müßte, hat sich der Schieferpreis bedauernd über die damalige Basis gehoben. Es soll zugegeben werden, daß auch die Schiefermerie durch die Inflation zum Teil ihr Vertriebskapital eingebüßt haben muß es nun das Bestreben der Betriebsleitungen ist, dieses so schnell wie möglich wieder anzujammeln. Aber dieses Bestreben darf nicht zu einer Preisfestsetzung führen, die den Dachstufers als Bedachungsmaterial wegen zu hohen Preises ausscheiden und die Verwendung von billigerem Material, wie Biegel usw., Interessenten geatener sein läßt.

Auf diesen Standpunkt zur Hebung des Geschäftsganges schienen sich aber die Herren Schieferbruchbesitzer nicht einstellen zu wollen. Sie versuchen vielmehr, durch Herabsetzung der Löhne und durch sozialen Druck auf die Arbeiter die Situation zu retten. Besonders die Betriebsleitung der Carl Dertel'schen Schieferbrüche leistet auf diesem Gebiete Unvergleichliches. So hat man dort im Frühjahr 1924 nach beendeter Arbeitseinstellung nur diejenigen Arbeiter eingestellt, die nicht nach Verbandsfunktionär und Betriebsrat roden und die einen Vertrag unterzeichneten, wodurch die tariflichen Vereinbarungen außer Kraft gesetzt wurden. Und was hatte die Arbeiterchaft, die sich durch Unterzeichnen dieses Vertrages vor der Arbeitslosigkeit gerettet hatte, unter dem Zwange desselben und der Ungunst der Verhältnisse, die der Betriebsleitung die Macht gaben, alles zu erdulden! Zur „Hebung der Produktion und Rentabilität“ schaffte man sich einen zweiten Betriebsleiter an. Dieser neue Besen führte den Gruppenackord ein, der von allen Praktikern des Schieferbergbaues im Interesse der Wirtschaftlichkeit der Betriebe abgelehnt und aufs äußerste bekämpft wird. Ein in raffinierter Weise ausgeklügeltes System wird angewandt, nach dem am Wochenende der Lohn berechnet wird. Durch Anstreben des verächtlichen Lohnsatzes der verschiedenen Gruppen wird die Arbeiterchaft gegeneinander ausgeblieft. Das dadurch hervorgerufene Gegeneinanderstehen in der staubgeschwängerten ungesunden Luft wird auf gesundheitlichem Gebiete noch seine Wirkung haben.

Dieselbe skrupellose Behandlung und Nichtachtung ist auch gegenüber den alten Arbeitern im Betrieb zu verzeichnen. Diese alten Arbeiter, unter denen sich Leute mit mehr als 30 Arbeitsjahren im Betriebe der Firma Carl Dertel befinden, die ihre Arbeitskraft verbraucht und ihre Gesundheit geopfert haben, werden einfach der allgemeinen Wohlfahrtsfürsorge überlassen. Diese Handlungsweise steht im trafen Widerspruch zu den Auslassungen eines Lobredners über die begangene Sündenstrafe des Werkes, der die Worte aus Goethes „Faust“ zur Ueberschrift einer literarischen Verherrlichung dieses Betriebes gebrauchte:

„Hier ist des Volkes wahrer Himmel, Zufrieden jauchet groß und klein, Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“

Die Zustände in diesem Betriebe dürften sich sehr wenig mit der allgemeinen Vorstellung des Himmels in Einklang bringen lassen. Und was das Fühlen als Mensch betrifft, so muß erst eine Hebung als Mensch vorhanden sein. Daß dies erfolgt, erhoffen wir nicht von der Einsticht der Betriebsleitung, sondern das muß sich die Arbeiterchaft selbst erkämpfen. Nicht durch Stillhalten und Sichabfinden mit den Verhältnissen, sondern nur durch die Vereinigung aller Arbeiter kann an einer Verbesserung gearbeitet werden. Sinein in den Verband! Ein jeder sei Kämpfer für seine Existenz und seine Anerkennung als Mensch, damit das Goetebwort Wahrheit wird: „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“

Den Alten zur Ehr	Jubiläumstafel	Den Jungen zur Ehr
Zahlstelle Eigen: Gustav Brombach.	Zahlstelle Frillendorf: Hermann Bocksch.	Zahlstelle Kirchhnde: Heinrich Krause.
	Zahlstelle Oberplanitz: Emil Bauer, Hermann Badstübner, Bruno Brückner, Rich. Buchhold, Heinrich Findeiß, Philipp Findeiß, Gust. Frieß, Arno Hochmut, Hermann Kraus, Albin Kanis, Georg Knöcher, Heinrich Lang, Gustav Lenk, Heinrich Müller, Karl Schneider, Wilhelm Thus, Friedrich Springer, Louis Wagelehner.	Zahlstelle Buer-Bälse: Ant. Olejnik.
	Zahlstelle Eckersbach: Bernh. Weiß, Joh. Voigt.	

## Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 25. Woche (vom 13. bis 19. Juni) fällig. Wir bitten die Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge bejorgt zu sein.

Das Mitglied Bernhard Gnosdz (Haubth.-Nr. 288 878), Zahlstelle Zaborce-Dorf, wird auf Grund der Beschlüsse der Generalversammlungen in Gießen und Dresden sowie auf Grund des § 6 des Statuts aus unserer Organisation ausgeschlossen. (Die Mitglieder werden gebeten, ihre Bäume bereit zu halten.)

#### Bücherrevision.

Buer-Bälse. 27. Juni bis 25. Juli. — Gießen. 1. bis 15. Juli. — Garpn. 15. Juni bis 15. Juli.

#### Auszahlung von Unterstüßungen.

Deininghausen. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat beim Kassierer Paul Bärwinkel, Mengede-Deitrich, Bruchstr. 43.  
Drebkau. Jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr, beim Vertrauensmann Otto Weiße, Drebkau, Brauhausstr. 52.  
Buer-Bälse. Jeden 1. Sonntag, vorm. 10 bis 11 Uhr, beim Kassierer Valentin Blasel, Buer-Bälse, Kolonie Köchter, Hagenbredestraße 4 b.

#### Adressenveränderungen.

Drebkau. Erster Vertrauensmann ist Otto Weiße, Drebkau, Brauhausstraße 52.

#### Kranzpendemarle.

Buer-Bälse. Im Monat Juli eine Kranzpende von 20 Pf. wegen Sterbefall.  
Dietfeld III. Jedes Mitglied ist verpflichtet, für Juni eine Kranzpendemarle zu legen.  
Deininghausen. Für Juni und Juli muß jedes Mitglied eine Kranzpendemarle legen.

#### Knappschaftsältesten-Geschäftsausschußbezirk Bochum.

Sonntag, 27. Juni, vorm. 10 Uhr, im Lokale Heinrich Sandhüler in B o m m e r n, Eberfelder Straße 1: Quartalsversammlung. Vortrag über das neue Unfallgesetz.

# Der Jungtamerad

## Organisation der Unternehmer.

Wenn in der kapitalistischen Wirtschaft der Arbeiter sich organisiert zwecks Wahrung seiner wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen, so trifft dies für die Unternehmer in erhöhtem Maße zu. Die Interessen des Unternehmers sind nämlich vielseitiger als die des Arbeiters. So muß z. B. der Unternehmer als Kapitalist sich um günstige Absatzmöglichkeiten für seine Produkte bemühen. Dieser Kampf um den Wirtschaftsmarkt führt zu Kartellierungen und Vereinigungen verschiedener Art. Als Fachmann muß sich der Unternehmer mit produktions- und verkehrstechnischen Fragen seiner Branche befassen, was sehr häufig zu Vereinigungen führt. Zoll- und andere wirtschaftspolitische Fragen geben gleichfalls Anlaß zu einer organisierten Interessenvertretung im Staat. Und nicht zuletzt versucht man durch entsprechende Organisationen, den gewerkschaftlichen und sozialen Forderungen der Arbeiter entgegenzuwirken. Vielseitige Interessen führen deshalb zu einer verschiedenartigen Organisation der Unternehmer.

Was nun die wirtschaftliche Organisation bezüglich der Kartelle anbetrifft, so wurden bereits in früheren Nummern unserer Jugendbeilage nähere Hinweise gegeben. Es soll deshalb im folgenden kurz ein Bild über die übrigen Organisationen vermittelt werden, d. h. soweit es in diesem Rahmen möglich ist.

Wir gehen dabei vom Bergbau aus. Nach amtlichen Berichten gibt es gegenwärtig in Deutschland in der Fachgruppe Bergbau, Hütten- und Salinenwesen 16 Reichsverbände. So z. B.: Deutscher Braunkohlenindustrie-Verein, Arbeitgeberverein für den Braunkohlenbergbau, Deutscher Kaliberein, Vereinigung Deutscher Steinkohlewärter, Kalisynndikat usw. Von diesen 16 Verbänden befassen sich angeblich nur 3 mit Arbeiter- und Angestelltenfragen, die übrigen Vereine sind wirtschaftlicher Art.

Des Weiteren gibt es im Bergbau 30 Bezirks- und Landesverbände. Diese gliedern sich nach den einzelnen Bergbaubezirken und Bergbauarten. 13 Verbände davon befassen sich nur mit wirtschaftlichen Fragen. Es sind dies die Syndikate und Vereine für „bergbauliche Interessen“. Nur mit Arbeiterfragen befassen sich 11 Vereine. Nach einzelnen Bezirken verteilt, zählen u. a. folgende dazu:

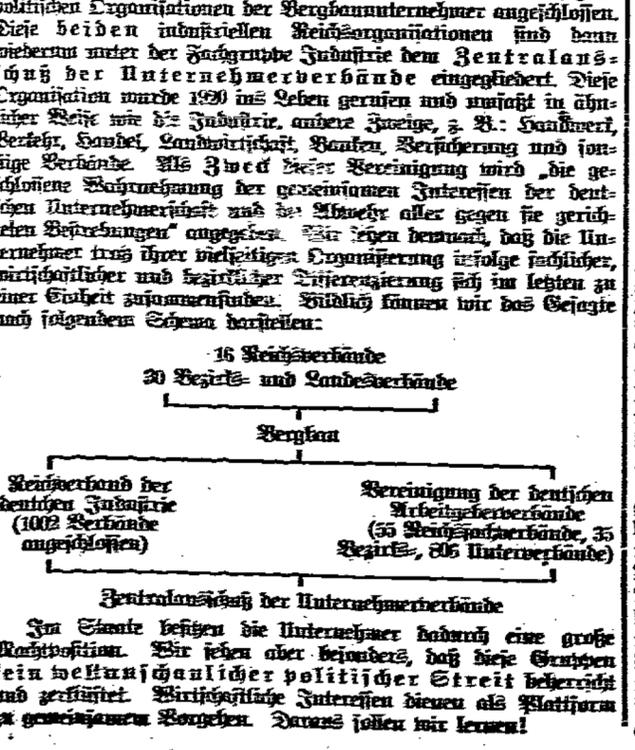
- Zechenverband (Ruhr);
- Arbeitgeberverband für die Berg- und Hüttenwerke des nordwestlichen Harzes;
- Arbeitgeberverband der bayerischen Erz- und Hüttenbetriebe;
- Arbeitgeberverband der bayerischen Kohlenbergwerke;
- Arbeitgeberverband der oberösterreichischen Montanindustrie;
- Arbeitgeberverband der niederösterreichischen Steinkohlenbergwerke;
- Arbeitgeberverband des rechtsrheinischen Braunkohlenreviers usw.

Diese Organisationen, die früher vielfach zur Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung gegründet wurden und mittels schwarzer Listen und durch Arbeitsschließungen den Gewerkschaften gegenüber reaktionär arbeiteten, sind heute den Gewerkschaften gegenüber zu Vertragskontrahenten beim Abschluß von Tarifen geworden.

Die übrigen sechs Verbände erledigen wirtschaftliche und Arbeiterfragen. Wir sehen demnach in der Fachgruppe Bergbau ein buntes Bild von Unternehmerorganisationen, die sich einzelnen in wirtschaftliche, fachliche und sozialpolitische Zweiteilung lassen.

Die übrigen sechs Verbände erledigen wirtschaftliche und Arbeiterfragen. Wir sehen demnach in der Fachgruppe Bergbau ein buntes Bild von Unternehmerorganisationen, die sich einzelnen in wirtschaftliche, fachliche und sozialpolitische Zweiteilung lassen.

Während der Reichsverband der deutschen Industrie die wirtschaftspolitischen Belange der Unternehmer vertritt, bleibt die Vertretung der sozialpolitischen Fragen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände überlassen. Zwischen der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und dem Reichsverband der deutschen Industrie besteht über diese Arbeitsteilung eine diesbezügliche Vereinbarung. Der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände sind selbstverständlich auch die sozialpolitischen Organisationen der Bergbauunternehmer angeschlossen. Diese beiden industriellen Reichsorganisationen sind dann wiederum unter der Fachgruppe Industrie dem Zentralausschuß der Unternehmerverbände eingegliedert. Diese Organisation wurde 1920 ins Leben gerufen und umfasst in ähnlicher Weise wie die Industrie, andere Zweige, z. B.: Handwerk, Verkehr, Handel, Landwirtschaft, Banken, Versicherung und sonstige Verbände. Als Zweck dieser Vereinigung wird „die geschlossene Wahrung der gemeinsamen Interessen der deutschen Unternehmer“ angegeben. Es zeigt demnach, daß die Unternehmer trotz ihrer vielfachen Organisation zerstückelt und zerstückelt wirtschaftlicher und sozialpolitischer Interessen sich im letzten zu einer Einheit zusammenschließen. Nützlich können wir das Gelegte nach folgenden Schema darstellen:



## Nachtschicht.

Ich habe Nachtschicht. Schon dreiviertel Jahr. Ich weiß noch immer nicht, ob es besser oder schlechter ist, nachts zu arbeiten. Ja, morgens, wenn die schwere Nacht herum ist, und ich gemächlich, nichts versäumend, an den zu Pflicht und Fron hastenden Menschen vorbeischiebe durch das goldene Morgenrot, dann bin ich fast glücklich. Niemand hindert mich — wenn ich will, kann ich durch unsere Straße hindurch weiter wandern bis zu jenen Bergen und Wäldern, wo vorhin strahlend die Sonne aufging. Schon oft, wenn der Morgentau oder Rauhfrost auf den verkrüppelten Felsen und den Wiesen, die ich auf dem Heimweg treffe, lag, oder gar ein Vogel lockte, verspürte ich Neigung, weiter zu wandern. Dann jauchzte das junge Herz: Willkommen, du sonniger Tag, du freudiger Schlag aus dem Herzen der Zeit! Aber die müden Glieder, die steifen Beine und schmerzenden Arme protestierten, heischten ihr Recht, die Ruhe, um die sie Nacht für Nacht betrogen wurde. Dann mußte das Herz verzichten und die Augen, statt zu schauen, die Blendenden zu machen und von den Herrlichkeiten träumen. Aber zwischen die Träume von dem Ueberflut der Welt mischte sich immer wieder das Ding, was mein Schicksal und — auch meinen Lebensinhalt bedeutet: die Schiebstarre, die verfluchte Schiebstarre. Immer wieder haben sich die armen Hände geschnitten an die Seilen, an die Stümpel der Schrottkarre. Immer, Nacht für Nacht, ob der Regen aufs Dach der Halle trommelte oder der Mond auf die morichen Dachsparren guckte. Jedoch der gucke nicht so verdrießlich und habgierig wie der Alte hoch oben durch das Loch in der Meisterhube. O nein, der Mond schaute gutmütig, fast mitleidig drein. Einmal sah ich zu sagen: „Mattes, komm heraus, frische Luft schnappen!“ Als dann in der Nacht die Duhelpause war, kam ich der Einladung des Alten nach und ging in sein Reich, die Nacht. Ich schöpfte wie ein Erstiden-der frische Luft und legte mich in eine große Schiebstarre. Das war jüt so wie in einen Faulenzler, nur so hart und kalt war er, und die vielen Niete und Schrauben machten blaue Flecken. Aber das mußte so sein, sonst wäre ich ja schließlich eingeschlafen.

Um mich herum liegen gewaltige Berge Schrott, Masseleien, Schamotte, Kalk und Sand, so friedlich vom Mondlicht überflutet, als ob noch nie ein Mensch an ihnen gehaft, geprüpelt und gehoben hätte. Das irrode Eisen glitzert so unschuldig, als ob noch nie einer im Schweiß des Angesichtes darauf herumgehämmert hätte. Auch über den Auszug, wo doch schon manchem Arm und Beine gequetscht wurden oder gar einer zu Tage gekommen ist, gießt der Mond sein Licht. Der ist ja viel zu gut.

Auch der Himmel mit den ungezählten Sternen ist über Fabriken und Zechen genau so gespannt wie über Berge und Wälder. Ja, der Himmel, wenn ich den anschau, noch dazu in der Nacht, dann springt die katholische Ader. Die frommen, mystischen Quellen der Kindheit beginnen zu rauschen. Wenn wir Kinder bei uns abends den Himmel ansahen, besonders da, wo er bei uns immer so rot ist, dann erzählten wir uns von Christkind und Hadstube. Aber jetzt, jetzt weiß ich, warum gerade bei uns der Himmel so ungeheuer rot und glühend ist. Da denk ich an die beiden glühüberstrahlten Männer, an den von der Hitze schier gebrochenen Arbeiter, wie er den Sebel bedient, der gewaltige Kessel sich langsam neigt und die flüssige Schlacke in feurigen Strömen den Berg hinabschießt, den Himmel so schaurig schön färbend.

Ein herabräufender Zug reißt mich aus meinen Träumen. Ein Güterzug, eine lange Kette von Waggons, vollgepfropft mit den Produkten unserer Arbeit. Fast laufen sie über, die Wagen mit Kohlen und Koks, wohlverpackt und verstaubt die gewaltigen Rohre und Maschinenteile, und von all den Reichthümern, die unserer Kumpels mit eifriger Hand aus dem dunklen Schoß der Erde hervorgezerrt, die wir mit nie ruhendem Arm zu Maschinen geschmiebelt und gefornnt. Wir! Und doch sind wir arm.

Wie können wirs ändern, wie den Reichthum festhalten? Ach, nur so wenig helfen! Die Kumpels und Kollegen, das Arbeitsvolk gegenüber in den hohen, düsteren Säulen schläft ja jetzt zur Nachtzeit und, wie es scheint, immerdar, selbst wenn die Sonne scheint und eine bessere Zukunft winkt. Der letzte Wagon verabschiedet im Dunkel, die hinten hängende rote Lampe schneidet eine höhnische Frage, scheint die Zunge heranzutreten und mich anzulachen. Heiliger Zorn faßt mich. Bin ich denn ganz allein? Nein, ich sehe mich verbunden mit einem gewaltigen Heer, dem Zug von Millionen, die Fahnen steigen auf, jüt so feierlich, so erditternd und gewaltig, wie in jener Augustnacht im Hamburger Stadion. Da mußte ich, daß auch diese Nacht vorübergehen wird.

Matthias H.

## Zwei Welten.

Es ist Sonntag. Die Stätten der Arbeit ruhen. In lieblichem Glanz wirft die Sonne ihre Strahlen hernieder. Zwei junge Kameraden begrüßen diesen Tag mit frohen Erwartungen. Nach einer Woche schwerer Arbeit soll er ihnen Erholung und Freude bringen. Vom gleichen Lebenshunger und dem Drange nach Freude besetzt, verlassen die beiden Kameraden ihre Wohnung. Ihr Weg aber führt sie in zwei verschiedene Welten. Der eine betritt den Weg, der zum Vergnügungspark führt. Er hat keinen festen Plan, keine Kameraden, sondern schlendert gedankenlos dahin. Er weiß nur, daß im Vergnügungspark viel „Los“ ist. Schauluden, Schanieln und andere Vergnügungsarten ziehen viele Menschen an und schaffen ein buntes belebtes Bild. In diesem Treiben findet er viel Interessantes. Bald ist er auch sein „Sonntagsgeld“ los. Jeder Spott kostet hier nämlich Geld. Die lustigen Personen und Wäcker, die sich aufreihen und in verträulichen Tönen reden, wollen verdienen. Nach hundenlangem Schwärmen, des Treibens müde, eilt der junge Arbeiter mit leeren Taschen und vollem Kopf wieder seiner Wohnung zu. Froh und glücklich hat ihn der Sonntag nicht gemacht, trotz des bunten Treibens.

Der andere junge Kamerad war inzwischen andere Wege gegangen. Nicht zum Vergnügungspark, sondern zum Jugendheim führte ihn sein Weg. Dort erwarteten ihn seine Kameraden, die auch der gewerkschaftlichen Jugendabteilung angehörten. Mit einem frohen Lied wird diesmal die Versammlung eröffnet. Dann bringt ein alterer Kamerad über die Geschichte des Bergbaues. Mit gespanntem Interesse lauschen alle den Ansicherungen. Viel Neues wird ihnen erzählt aus der Geschichte und dem Leben der alten Kameraden. Schließlich geht es mit Song und Klang hinaus durch die Stadt in den grünen Wald. Bei frohem Spiel eilen die Stunden schnell dahin. Mit müden Beinen, aber wohlgenut geht es abends nach Hause.

Am anderen Morgen schreiten die beiden Arbeiter wieder den gleichen Weg durchs Bachtort. Ihr wirtschaftliches, berufliches Dasein ist das gleiche. Und doch trennen sie zwei Welten.

Zwei Welten? Ja, während der eine planlos nach teuren, zweifelhaften Vergnügungen hascht, strebt der andere in der Jugendabteilung nach Bildung und gesunder Lebensfreude. Und die Kameradschaftlichkeit, die er da findet, möchte er auf keinen Fall missen. So wird die Jugendabteilung, der er angehört, zu einem entscheidenden Wendepunkt in seinem Leben. Hier lernt er Seiten kennen, die sein Wissen bereichern und seinen Lebenshunger nützlich und gut befriedigen. Ohne diese Möglichkeit würde ihn ein jugendlicher Drang vielleicht auch zum Vergnügungspark getrieben haben, den er nunmehr meidet. So aber lernt er, daß es Schöneres gibt. Welche Freude haben ihm an Stelle früherer Schundliteratur allein die schönen Romane aus der Jugendbibliothek geboten! Als denkender Arbeiter wird er durchs Leben schreiten und stets nach Kameradschaft mit Gleichgesinnten streben. Das ist sein Lebensziel, dessen Richtung ihm die Jugendabteilung und die Lebenswelt gewerkschaftlicher Arbeit bestimmte.

Kameraden! Lernet aus diesem lebenswahren Beispiel. Unterstützt und fördert unsere Jugendarbeit. Sie dient nicht nur dem Verband, sondern entscheidet über das Lebensschicksal des einzelnen Jungkameraden.

H. Gringen, Jugendobmann.

## Seine Geschichte.

Es war an einem schönen, lauwarmen Maiabend, als ich Hanses Bolkers Geschichte hörte.

Die Dämmerung war bereits angebrochen und ihre grauen Schleier wehten von Hütte und Förderturm. Von den Felsen der wehte der süßliche Duft blühenden Weißdorns und vom Hofen herüber klangen die schwermütigen Klänge einer Ziehharmonika, die wohl irgend ein Matrose eines Kohlentahns seinem Instrument entlockte. In der Zechenkolonie sangen junge Mädchen das Lied von der Nachtigall und dem gestorbenen Lieb.

Unter meinem Fenster aber saßen Hanses Bolkers und noch zwei alte Berginvaliden. Wie es bei Bergleuten üblich, kreiste ihr Gespräch, obwohl es sich anfänglich um ganz andere Dinge drehte, bald um die Arbeit. Es galt diesmal dem Einst und Jetzt im Beruf.

Ein Invalide aus dem Osten unseres Heimatlandes trat dabei warm für das Einst ein: „Ich sagg ich, da war früher bessere Arbeit auf Grube droh wie hätte. Kann sich hätte noch Kumpel Heate ziehn? Nain kann er nich. Da hatt er Abbaumhammer. Kann er sich mit Mäißel und Sandkäusel Loch boren? Nain kann er nich. Hat er sich Vorrhammer! Is er sich hätte überhaupt kein Bergmann mehr, muß er sich bloß immer schufsten bei Maschine und woher kommt sich dat? Von diese verdammte Fyhrer im Verband. Sabben uns verraten. Brauchen sich nich Fyhrer. Selbst is sich der Mann. Baßt dich Flohbock, drid ihn kaput!“

„Ich will euch eine Geschichte erzählen“, entgegnete darauf Hanses Bolkers.

„Als die Geschichte passierte, war ich noch ein junger Red und Lehrhauer auf einem Schacht mit flacher Lagerung im Gelsenkirchener Revier. Mein Kumpel und ich hatten Nachtschicht. Unsere Arbeit war, ein Ort zu treiben. An dem betreffenden Tag mußten wir den Rest eines Sohlkusses wegräumen. Als dies getan, legten wir Schienen. Dann wollten wir an die Kohle gehen. Zuvor mußte aber ein mächtiger Klotz im Hangenden abgefangen werden. Wir schnitten also einen stabilen Stempel auf Maß. Mein Kumpel ging nun daran, den Stempel zu schlagen. In der rechten Hand hatte er den Stempel, in der linken Hand die Diele und wollte soeben den Verband beginnen. Ich stand neben ihm, den dicken Hammer handbereit, und füllte plötzlich einen Schlag an der linken Halsseite. Der Stein kam. Blitschnell arbeiteten meine Gedanken. Jetzt ist alles vorbei! — Mutter — Vater! Bei dem Gedanken Vater schläg ich mit dem Kopf gegen die Schienen und sah nichts mehr.“

„Als ich erwachte, hörte ich wimmern: „Kumpel, Kumpel... lebst du noch? Kumpel, hilf doch!“ Mein Kumpel unter den Steinen, ichoh es mir durchs Gehirn. Zitternd an allen Gliedern und blutend schleppte ich mich zu ihm. Da lag er, bis zum Dasse mit Steinen zugebedt. Das Gesicht glücklich zugerichtet. Was nun? — Zuerst wollte ich Hilfe holen. Doch ein Wimmern: „Hannes, bleib hier,“ hielt mich zurück.“

Ich kratzte nun mit blutigen Händen die Steine von ihm herunter. Blitschnell kam ich an einen großen Stein, der auf seiner rechten Bein lag. Ich brachte ihn zuerst nicht von der Stelle. Was jetzt? Der Kumpel mußte heraus, denn über ihm hingen noch Klatten, die alle Augenblicke herunterfallen konnten. Da entfiel ich mich, daß irgendwo einmal ein Kumpel vom andern mit dem Beil den Arm abhachte und ihn dadurch vor niedergehenden Steinmassen, die den sicheren Tod bedeuteten, rettete. Schon hatte ich das Beil in der Hand. Ob mein Kumpel etwas gemerkt hat? Er schrie so läglich und lebend: „Hannes, hilf mir doch!“

Ich warf das Beil weg und versuchte es noch einmal mit dem Stein und...? Es gelang. Dann zog ich ihn heraus. Beide Beine hingen wie nasse Handtücher am Kumpel.

Ich holte dann den Steiger und andere Kumpels. Eine dreiviertel Stunde lang suchten wir erst eine Tragbahre. Keine Verbandshilfe, keine Schienen, um das Bein einzuschienen, waren zu finden. Um 2 Uhr nachts ist es passiert und um 4 1/2 Uhr brachten wir ihn erst am Tage an.

Beim Betriebsführer wurden dann die sich Meldenden zwecks Einrichtung einer Verbandstille in der Grube noch obendrein abgelanzelt und herausgefagt.

Dies war vor ungefähr 25 Jahren. Heute, glaube ich, ist es doch etwas anders. Und wie ist das geändert worden? Nur durch die Organisationsarbeit!

Hier schwieg Hanses Bolkers. Auch die anderen Kumpels waren merklich still. Nur Stachu zog die Schnupftabakdose und knurrte: „Da is man schon so imm mänschlichen Gabber.“

Ich aber machte das Fenster leise zu und wickelte ein kleines Buch, betitelt: „Die Bergarbeiter im Wandel der Geschichte“ ins Papier und schickte es anderen Tages Hanses Bolkers als Geschenk.

Chr. Kopp.

# Aus der Praxis des Arbeitsrechts.

## Gebingearbeit und nachträgliche Einbeziehung fremder Leute in das Gebinge.

Das Bergarbeitergericht Waldenburg, Kammer I, fällt zu dieser Frage am 24. Oktober 1925 folgendes Urteil:

### Tatbestand und Entscheidungsgründe.

Die zusammen im Gebinge auf der der Beklagten gehörigen Zugsgrube beschäftigten Kläger Haut und Genossen, welche das Neuaufahren bzw. Nachreiben einer im Flöz gelegenen streichenden Strecke gegen eine Soll-Leistung von 20 cm je Mann und Schicht und Gewährung von 0,25 RM. für jedes Zentimeter Mehrleistung übernommen hatten, wählten im Monat Juli bei 51 Schichten 17 m Strecke aufzufahren, so daß die Soll-Leistung in diesen 51 Schichten demnach 10,80 m betrug. Tatsächlich hätten sie aber 6,20 m = 620 cm mehr geleistet, so daß ihnen für diese Mehrleistung 155 Mt. oder je Schicht 2,99 Mt. hätten vergütet werden müssen. Dann würde jeder Kläger je Schicht 6,73 Mt. verdienen haben, es seien aber jedem nur 6,15 Mt. gezahlt worden, vermeintlich weil ihnen die Aufräumung eines Bruches nicht mit zum Gebingelohn verrechnet worden sei. Das aber hätte nach § 7 Abs. c und d des Manteltarifes geschehen müssen.

Die Nachforderung der einzelnen Kläger berechneten sie wie folgt: 1. Paul Haut: 6,73 - 6,15 = 0,58 Mt. x 24 Schichten = 14,40 Mt. 2. Friedrich Silbebrand: 6,73 - 5,96 = 0,77 Mt. x 24 Schichten = 18,48 Mt. 3. Gustav Wagner: 6,73 - 5,86 = 0,77 x 24 Schichten = 17,61 Mt., und beantragten kostenpflichtige Verurteilung der Beklagten zur Nachzahlung dieser Beträge.

Beklagte bestritt nicht die Richtigkeit der von den Klägern gegebenen Berechnung, erklärt aber den Unterschied des von ihr je Schicht errechneten Lohnes von 6,15 Mt. gegenüber dem der Kläger von 6,73 Mt. damit, daß sie gezwungen gewesen sei, 12 Schichten von ihren eigenen Leuten im Gegenzug zu denen seitens eines Unternehmers gestellten Klägern zwecks gebührender Aufräumung der Strecke versehen zu lassen und diese 12 Schichten habe sie mit in das den Klägern gegebene Gebinge verrechnet. Der vermeintliche Grund der Aufräumung eines Bruches und seiner Verrechnung treffe nicht zu.

Es wurde Beweis erhoben über das den Klägern gegebene Gebinge, ihre Leistung und die Art der ausgeführten Arbeiten durch die zeugenschaftliche Vernehmung des Steigers Kempmann, auf dessen Befundungen im Protokoll vom 24. Oktober 1925 Bezug genommen wird.

Die Verurteilung der Beklagten je zur Hälfte der eingeklagten Beträge rechtfertigt folgende Gründe:

Entscheidend für den ganzen Streit ist die Frage, ob die Beklagte nach Lage des abgeschlossenen Gebingens und der vorliegenden örtlichen Verhältnisse sowie der geleisteten Arbeit berechtigt war, ohne weiteres fremde Leute mit ihren zur angeblichen Aufräumung der Strecke verfahrenen 12 Schichten in das Gebinge der Kläger mit zu verrechnen oder nicht. Nach Ansicht des Gerichtes war diese Frage zu verneinen, da nach dem durchaus glaubwürdigen Zeugnis des von der Beklagten selbst als Zeugen benannten Steigers Kempmann das im Gebinge vergebene Nachreiben bzw. Neuaufahren der Strecke anstandslos seitens der Kläger so erfolgt war, daß jeden Morgen nach beendetem Schicht der Kläger der Förderweg der Strecke für den durchgehenden Förderwagenverkehr, abgesehen von ganz unerheblichen Unreinigkeiten, völlig frei war und daß der Steiger nur deshalb die fremden Arbeiter zur vollständigen Freilegung der Strecke jener Strecke einlegte, um die dort so bequem für ihn lagernden Kohlen zwecks Erhöhung seiner Kohlenförderung nutzbringend verwenden zu können. Er hätte aber nur dann fremde Leute mit in das Gebinge verrechnen dürfen, wenn die Kläger die ihnen im Gebinge vergebenen Arbeiten nicht sach- und ordnungsgemäß ausgeführt hätten, aber auch dann noch wäre es die mindeste Pflicht des Steigers gewesen, die Kläger wenigstens vorher über seine Absicht der Einbeziehung von fremden Arbeitern ins Gebinge zu hören, damit sie selbst wenigstens noch in der Lage gewesen wären, die vielleicht nach Meinung des Steigers noch nötiger Arbeiten selbst in dem bestehenden Gebinge auszuführen. Das ist aber nicht geschehen. Zugegeben ist allerdings, daß die Gebingearbeit der Kläger durch die von den fremden Leuten erfolgte völlige Aufräumung der Streckenflöße wesentlich erleichtert worden ist, so daß sie dadurch in der Lage waren, mehr aufzufahren und nachzureißen, wie ohne dem. Bei der Beurteilung der auf diese Weise ermöglichten Mehrleistung war das Gericht natürlich nur auf eine ganz überschlägliche Schätzung angewiesen und es hat angenommen, daß den beiderseitigen Ansprüchen dadurch am besten Genüge geschehe, wenn den Klägern, wie geschehen, nur die Hälfte ihrer eingeklagten Forderung zuerkannt würde, wobei das Gericht nicht einmal als zutreffend unterstellt hat, daß es dem Steiger bei der Zurechnung von 12 Schichten der fremden Arbeiter mit darauf ankomme, den Gebingelohn der Kläger, entsprechend der von ihm nicht abgestrittenen Äußerung über die zu hohen Löhne der Westenhauer, nach Möglichkeit etwas herabzusetzen.

Anmerkung: Das oben wiedergegebene Urteil behandelt eine im Bergbau oft eintretende Erscheinung, deren Ursache in dem Bestreben der Abteilungsleiter, möglichst das Kohlenfoll zu erreichen, zu finden ist. Meistens werden Belegschaftsvermehrungen in einer Gebingelame abwärts gegen Schluß des Monats vorgenommen. Dort, wo den Steigern bei Ueberschreiten des Solls besondere Prämien ausbezahlt werden, sind auch diese Prämien oft die Veranlassung zu solchen Belegschaftsvermehrungen, wie sie in dem Urteil behandelt werden. Es ist die leidige Frage des „Berausreisens“, deren Kosten gewöhnlich die betroffenen Kameradschaften tragen. Im Interesse einer gerechten Behandlung der Bergarbeiter muß deshalb seitens der Gerichte verlangt werden, daß sie diesen Erscheinungen mittels einer entsprechenden Spruchpraxis zuleibe gehen. Ein Gebinge, das beispielsweise ursprünglich für eine fünf Mann starke Kameradschaft bestimmt war, wird in der Regel durch nachträgliche Verstärkung der Kameradschaft sich für die Kameradschaft als äußerst ungünstig offenbaren. Die Leute verdienen entsprechend weniger. Dessen kommt es vor, daß durch die Kameradschaftsverstärkung die örtlichen Arbeitsverhältnisse derart beeinträchtigt werden, daß ein ungehindertes Arbeiten der Leute nicht mehr möglich ist. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß in den einzelnen Kameradschaften die Leute meist längere Zeit zusammen arbeiten, also aufeinander eingestellt sind. Dieses Verhältnis wird durch die nachträgliche Hinzuziehung fremder Leute ebenfalls ungünstig beeinflusst. Als drittes muß endlich erwähnt werden, daß die Leute, die nachträglich einer Kameradschaft zugeteilt werden, in vielen Fällen nicht das Interesse an einer derartigen Lohngestaltung haben, wie es bei den alten Kameradschaftsmitgliedern der Fall ist. Oft handelt es sich um Leute, die längere Zeit von einer Arbeit zur anderen verlegt und deshalb in ihren Verdienstmöglichkeiten stark beeinträchtigt wurden. Es ist dies meistens eine Schichtane, die als solche aber allgemein kaum nachgewiesen werden kann. Im allgemeinen wird der Einwand des Arbeitgebers oder des Vorgesetzten, die Maßnahme sei aus betrieblichen Gründen erforderlich gewesen, kaum entkräftet werden können. Die Arbeitslust solcher schichtierten Leute muß naturgemäß schwer leiden, weswegen sie die Lohngestaltung der Kameradschaft auch aus diesem Grunde ungünstig beeinflussen. In anderen Fällen werden selbst Reparaturarbeiten zur Kohlenreinigung herangezogen, deren volle Leistungsfähigkeit seitens der Kameradschaftsangehörigen schon aus Gründen der Solidarität nicht bezweifelt wird. Selbst wo diese vorhanden ist, fehlt meistens die Übung und die körperliche Gewohnheit, deren Vorhandensein aber zwecks Erreichung einer durchschnittlichen Leistung unerlässlich ist.

Dasselbe Verhältnis kann eintreten, wenn an Stelle einer Verstärkung der Kameradschaft in einer Schicht fremde Leute in einer anderen Schicht an Orte einer Kameradschaft beschäftigt werden. In diesen Fällen dürfte außer anderen Gründen nicht selten der Umstand ungünstig auf den Lohn einwirken, daß infolge Fehlens einer Verständigungsgelegenheit oder -neigung ein planmäßiges Zusammenarbeiten der verschiedenen Schichten unterbleibt. Gerade in Fällen, wo seitens des Vorgesetzten auf Grund seiner Kommandogewalt entgegen dem abgeschlossenen Gebingevertrag eine Kameradschaftsvermehrung vorgenommen wird, beeinflussen so manche Imponderabilien (untwägbare Momente) die Arbeits- und Lohngestaltung ungünstig. Aus diesen Gründen muß von den Gerichten verlangt werden, daß sie im allgemeinen solchen Lohnklagen stattgeben, die aus derartigen Verhältnissen heraus zustandekommen. Andernfalls wird der betroffenen Arbeiterschaft Unrecht angefügt.

Das oben angeführte Urteil gab einem solchen Klageanspruch zur Hälfte statt. Es begründet dies mit der Annahme, daß durch die Hinzuziehung fremder Arbeiter die Kläger einen Nutzen gehabt haben in Form einer Mehrleistung. Den Umfang der Mehrleistung hat es jedoch nicht ermittelt oder ermitteln können. Aus diesem Grunde war das Gericht „auf eine ganz überschlägliche Schätzung angewiesen“, wobei es annahm, daß man den beiderseitigen Ansprüchen (also auch des Unternehmers) am besten dadurch gerecht wurde, wenn es den Klägern nur die Hälfte der eingeklagten Forderung zubilligt.

Dem erkennenden Gericht möchten wir folgende Frage vorlegen: Angenommen, der Herr Richter würde sich einem anderen gegenüber verpflichtet, für 100 RM. eine bestimmte Arbeit im Auftrag zu leisten, wobei die Vergütung für eine Hilfskraft, deren sich der Herr Richter bedienen müsse, einbezogen sei. Möglicherweise verlange aber der Auftraggeber eine schnellere Erledigung der Arbeit, zu welchem Zwecke er dem Herrn Richter infolge eines Umstandes einfach eine weitere Hilfskraft aufstellt (man muß die Zwangslage der Kameradschaft dem Vorgesetzten gegenüber berücksichtigen, der einfach die fremden Leute schickt bzw. an demselben Ort beschäftigt) oder einen weiteren Hilfsarbeiter zu anderer Zeit an der gleichen Arbeit beschäftigt. An der Vergütung wird aber nichts geändert. Würde es nun dem Herrn Richter als gerecht erscheinen, wenn er, in seiner Vergütung beeinträchtigt und deshalb klagend, von dem Gericht nur die Hälfte seiner aller Voraussicht nach entgangenen Vergütung zugebilligt

würde? Wir glauben, Nein sagen zu müssen. Anders liegt aber auch nicht die behandelte Frage aus dem Bergbau. Ein solches Verfahren beeinträchtigt eben die Verdienstmöglichkeiten. Und wenn schon eine solche an sich wohl schwerver Frage trotz aller Beweiserhebungen nicht geklärt werden kann, dann erscheint es uns immer noch als gerechter, in solchen Zweifelsfällen dem Anspruch des wirtschaftlich Schwächeren stattzugeben. Uebrigens ist dies unseres Wissens ein allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz. In dem oben angeführten Urteil hat das Gericht aus seiner richtigen Rechtsanschauung heraus unseres Erachtens nicht die erforderliche Konsequenz gezogen.

Grundsätzlich muß die nachträgliche Einbeziehung fremder Leute in einen bestehenden Gebingevertrag als unzulässig angesehen werden, sofern dies nicht in beiderseitigem Einverständnis erfolgt. Die tatsächliche Uebung hinsichtlich der behandelten Vertragsverletzung erklärt sich lediglich aus der wirtschaftlichen Machtstellung und Kommandogewalt des Arbeitgeber. Aus Gründen der Gerechtigkeit muß deshalb in allen Fällen, wo ein etwaiger Nutzen klagender Arbeiter nicht ziffernmäßig und einwandfrei ermittelt werden kann, den Ansprüchen der Arbeiter stattgegeben werden.

## Steigerung der Temperatur auf über 28° C und Lohnzahlung.

Dazu vertrat das Bergarbeitergericht Beuthen, Kammer II mit Urteil vom 9. Dezember 1925 folgende Ansicht:

### Tatbestand und Entscheidungsgründe.

Die Hauer Wyrwol und Wiczorek, welche auf der kons. Feinziehgrube beschäftigt sind, haben beantragt, die Grubenverwaltung zu verurteilen, ihnen einen im Oktober d. J. erfolgten Lohnausfall von je 42,48 Mt. dafür zu ersetzen, daß sie bei 19 Schichten vor ihrem Arbeitsort und bei 9 anderen Zimmerschichten 8 statt 6 Stunden, also 2 Stunden zu viel gearbeitet hätten. An dem genannten Arbeitsort im Walestasloz sei nämlich die Temperatur höher als 28 Grad Celsius gewesen und daher hätte dort nach § 93 c des Allg. Berggesetzes nicht länger als 6 Stunden gearbeitet werden dürfen.

Bei dem ersten Verhandlungstermin am 1. d. M. begründete der Vertreter der Kläger deren Klage damit, daß ein Betriebsratsmitglied eine Temperatur von über 29 Grad Celsius an der Arbeitsstelle der Kläger festgestellt hätte. Außerdem hätte am 24. Oktober, d. h. einem Tag, nachdem die Kläger sich über die zu große Hitze beklagt hätten, das Betriebsratsmitglied Blaszyk ebenfalls eine Temperaturmessung vornehmen wollen, wäre aber daran durch den zuständigen Feldbestreiter Szyma gehindert worden. Denn dieser hätte mit der Bemerkung, das Arbeitsort des Wyrwol wäre eingestellt, ihn (Blaszyk) davon abgehalten, dieses aufzuführen.

Der Vertreter der Beklagten, der Bergverwalter Adamski, beantragte Abweisung der Klage mit der Begründung, die Temperatur an der Arbeitsstelle der Kläger wäre zwar zu 29½ Grad Celsius durch das Betriebsratsmitglied Duda und zu 31 Grad durch ihn festgestellt worden, aber nicht im Oktober, sondern erst am 4. bzw. 13. November. Am 23. Oktober sei der Vortrieb der Strecke eingestellt worden, weil ihr Querschnitt sich infolge Gebirgsbrudes zu sehr verengt hätte. Als am folgenden Tage das Betriebsratsmitglied Blaszyk mit dem Steiger Szyma eine Kontrollfahrt gemacht hätte, hätte dieser den Blaszyk in keiner Weise daran gehindert, das Arbeitsort des Wyrwol zu besuchen. Blaszyk hätte sich vielmehr nach der Erklärung des Steigers, dieses Ort sei eingestellt, dabei beruhigt.

Der als Zeuge vernommene Steiger Szyma bestätigte diese Darstellung. Dagegen wurde sie von dem Kläger und seinem Vertreter bestritten. Darauf beschloß das Gericht Vertagung auf den 9. d. M., um das Betriebsratsmitglied Bl. zu vernehmen.

Dieser jagte bei dem zweiten Verhandlungstermin folgendes aus: Nachdem er dem Steiger Szyma gelagt hätte, er wolle auf der Arbeitsstelle des Wyrwol die Temperatur messen, hätte der Steiger ihm erklärt, dieses Arbeitsort sei heute nicht belegt. Darauf hätte er nichts erwidert, aber angenommen, der Steiger wolle ihn nicht dorthin führen, und so sei er mit ihm anderswohin gegangen.

Das Gericht schloß hieraus, daß irgendeine Behinderung des Betriebsratsmitgliedes nicht erfolgt sei. Er hätte ja nur dem Steiger zu sagen brauchen, daß er das Arbeitsort des Wyrwol aufsuchen wolle, selbst wenn es nicht belegt wäre. Dagegen hat er sich mit der durchaus zutreffenden Erklärung des Steigers, das Arbeitsort sei eingestellt, zufriedengegeben. Das Gericht folgerte hieraus, daß der Nachweis einer zu hohen Temperatur im Oktober v. J. nicht erbracht worden ist. Dagegen stellte das Gericht fest, daß die beiden Kläger am 9. Oktober und 11. November nach der Einstellung des Vortriebes diesen fortgesetzt haben und daß man für diese Schichten die am 4. und 13. November festgestellten Temperaturen von 29½ und 31 Grad Celsius als maßgebend ansehen müsse. Für die im Oktober dort verfahrenen Schichten müsse man nun - rückwirkend - eine ähnliche, jedenfalls über 28 Grad Celsius liegende Temperatur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit deshalb ebenfalls annehmen, weil die in Betracht kommende Strecke in einer Länge von 69 Meter in toten Wettern liegt.

## Die Hilfe gegen Gicht und Rheumatismus.

Sie wissen kein sicheres Mittel gegen diese Plagegeister. Einreibungen, Packungen, Bäder, Salben usw. lindern meistens für einige Zeit die Schmerzen, aber sie packen nicht immer das Uebel an der Wurzel.

Ich empfehle Ihnen ein wirklich erprobtes Mittel, und Sie sollen es selbst versuchen, ohne daß es Sie etwas kostet, aber ehe ich Ihnen mehr sage, lesen Sie den folgenden Brief:

„Ich möchte Ihnen heute meinen Dank aussprechen für die Wunder wirkenden Gichtosint-Tabletten.“

Leide schon 15 Jahre an rheumatischen Schmerzen im Arm, Rücken sowie in den Beinen. Habe schon allerlei Mittel versucht, aber nichts half. Auf Anraten meiner Frau versuchte ich auch einmal Ihre Gichtosint-Tabletten, und die Wunderwirkung blieb nicht aus. Ich spüre keine Schmerzen mehr. Bei meinem 66 Jahren kann ich wieder gut laufen und meine Arbeit verrichten.

Ich sage Ihnen nun meinen besten Dank und kann jedem Leidensgefährten Gichtosint-Tabletten warm empfehlen.

Solche Briefe besitze ich Tausende, und nun hören Sie weiter: Gicht und Rheumatismus können nur von innen heraus wirklich

kuriert werden durch Entgiftung des Blutes. Dieses ist verunreinigt durch zurückgebliebene harnsaure Salze, und diese müssen heraus, sonst nützt alles Einreiben und Warmhalten nichts.

Zur Vereitigung der Harnsäure aber dient das Gichtosint. Sie können das glauben oder nicht, aber Sie sollen keinen Pfennig dafür ausgeben, ehe Sie sich überzeugt haben.

Schicken Sie uns Ihre Adresse auf einer Postkarte sofort mit und adressieren Sie diese an: Generaldepot der Viktoria-Apothek, Berlin A 466, Friedrichstraße 19, es geht Ihnen dann vollständig kostenfrei eine Probe Gichtosint mit weiteren Aufklärungen und genauer Gebrauchsanweisung zu.

Wenn Sie sich überzeugt haben, so steht es Ihnen frei, mehr von dem Mittel zu beziehen oder es in einer dortigen Apotheke zu kaufen. Gichtosint ist in allen Apotheken zu haben.

### Oetker-Pudding.

Jetzt, wo die Hausfrau sparen muß Und dennoch einen Hochgenuß Dem kleinen Liebling bringen möchte - Ein Oetker-Pudding ist das Rechte!

Mit wenig Mitteln zu bestreiten, Schnell und höchst einfach zu bereiten. Nach frohem Schmaus ruft ihr Kleines: „Herzmütterlein! - das ist was Feines!“

Wie glücklich ist die Mutter, die ihre Kinder recht satt und zufrieden sieht. Weiß sie doch bestimmt, daß der gute Oetker-Pudding, den sie mit Milch, Butter, Zucker und wenn möglich mit einem Ei zubereitet, immer gern und restlos verzehrt wird. Auch die Erwachsenen schätzen die feine Nachspeise bei Tisch, mit der eine praktische Hausfrau leicht an anderer Stelle sparen kann.

In allen einschlägigen Geschäften zu haben. Verlangen Sie ebendasselbe die neuen farbig illust. Oetker-Rezeptbücher zum Preise von 15 Pfg., wenn nicht zu haben, gegen Einsendung von Marken von

**Dr. A. Oetker, Bielefeld**

### Reklamepreis nur 4.00 Mark

tolst echte deutsche Herren-Antuhr Nr. 52, fast neu, ca. 30 J. Wert, genau reg. nur 4,00 Mt. Nr. 53, dieselbe u. Schärnier nur 4,50 Mt. Nr. 51, dieselbe, echt verfilb. mit Goldrand u. Schärnier nur 5,00 Mt. Nr. 55, dies. mit best. Wert nur 6,50 Mt. Nr. 58, ganz vergolbet mit Sprungstiel 12,80 Mt. Nr. 59, Dameuhr, verfilbet mit Goldrand nur 7,50 Mt. Nr. 79, dies. kleines Fern. nur 10,00 Mt. Nr. 81, dies. echt Silber, 10 St. 20,00 Mt. Metall- Uhrspiel nur 0,25 Mt. Nr. 47, Armbanduhr m. Riemen 8,00 Mt. Nr. 44, dies. m. best. Wert nur 12,00 Mt. Feder, in Reifungswert, nur 8,50 Mt. Bangerkette, verfilbet, nur 0,50 Mt. echt verfilbet nur 1,50 Mt. echt vergolbet nur 2,00 Mt. Goldgoldes Sub. Gette nur 6,00 Mt. San den Uhren verkaufe jährlich ca. 10.000 Stück.

**Friedrich-Uhren-Müller, Berlin-Tempelhof 175, Franzstr. 14**

### Für unsere Zahlstellen.

Wartmannappen für Dampfzähler	2,50 Mt.
Wartmannappen für Interzähler	1,25 "
Kaffiererzählmaschinen	0,75 "
Kaffiererzählmaschinen, extrahart in Zeinen	1,50 "
Arbeitszähler, Rindleder, 2 Schloß, u. Griff 6,- u. 7,-	6,50 "
Zeitungstaschen, prima Rindleder	2,25 "
Zeitungstaschen in Segelwand	1,- "
Geldbeutel in Leder	0,75 "
Geldbeutel in Segelwand	0,75 "

Bestellungen sind zu richten an: **H. Gansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38/42**

### Meine Kamera

Modell 505, 3x12, vorzüglich ausgestattet. Ist das Beste des Tages. Sie ermöglicht jedem Mann ohne Mühe und Verkenntnisse sofort vorzüg. Bild. anzufertigen, ist ausgestattet mit Extra-Rapid - Apparat F. 1:7, Präz. Verschluss für Zeit und Moment 1/100 Sek., für Platten und Film, mit edelstem Lederbezug.

**5 Tage zur Probe** bedingungslos. Rücksendungsberechtigt bei Nichtgefallen geliefert bei angem. Anzahlung geg. bequeme Wochenraten von nur G. M. 2.- Verl. Sie sot. illust. Preisliste gratis u. frei.

Walter H. Gartz, Berlin S. 42, Postfach 828 C

### Feinstes Tafel-Pflaumenmus

garantiert rein aus Pflaumen und Kristallzucker eingedickt.

10 Pfund-Goldblech-Gimer, Portoll	3,75 Mt.
10 „ „ „ „ „ „ „ „	4,50 „
25 „ Goldblech- „ „ „ „ „ „ „ „	8,50 „
25 „ „ „ „ „ „ „ „	10,50 „

\* Diese Gimer werden in einem Salzwasser gel. ff. Dreifachbeeren, tafelfähig mit Zucker, 10 Pfund-Gimer 6,- Mt. ff. Röhrenzucht, beste Qual. 10 Pfund 2,75 Mt. Preise ab hier gegen Nachzahlung oder Bestelle auf Nachbestellung 81 Waghauser

**Heinr. Eckstein, Magdeburg Nr. 17** moderne Pflaumenmuskfabrik. - Gegründet 1901

## Sturm über England!

Die Schicksalskrise des britischen Weltreichs - eine grundsätzliche, leicht lesbare Aufklärung über die wahren Ursachen des englischen Generalstreiks. Dessen gewaltige Bedeutung müssen auch die deutschen Gewerkschafter rechtzeitig erkennen!

100 Seiten, kartoniert, beste Ausstattung, R. M. 1,50. Zu beziehen durch unsere Verbandsbuchhandlung **H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 38/42**

# Jeder kann froh wieder aufatmen,

Der als Schwammmittel gegen festhängenden Schleim bei Erkältungen der Luftröhre und Lunge Anthym gebraucht, ein solches Naturprodukt, verbindet ein angenehmes Geschmacks wie der Kanne schon andeutet, handelt es sich bei Anthym um ein Präparat aus Weiz und Hopfen. Weizen Pflanzen wird mit Recht seit alter Zeit schon eine große Rolle gespielt, die darauf beruht, daß sie ätherische Öle enthalten. Diese sind die eigentlichen Träger der Wirkung. Die Wirkung von Anthym? Es löst den Schleim. Dies sagt an sich alles! Jeder, der bei Erkältungen des Halses oder der Lunge sich kaum noch seines Lebens freuen kann, da ihn ständiger Hustenreiz und Auswurf quälend und ihm Tag und Nacht nicht Ruhe lassen, weiß, was dies heißt. Der festhängende Schleim wird durch Anthym gelöst und verflüchtigt; hierdurch ist es leicht auszuatmen, ohne daß Hustenreiz oder Schmerzen auftreten, ohne daß Blut mit abgeht. Das ist ein außerordentliches Gemis, denn gerade der Hustenreiz ist es, der übermäßige Anforderungen von allen Organen der Lunge und des Halses fordert. Dies beruht sich sofort. Anthym wirkt durch seinen Gehalt an ätherischen Ölen aber noch eine zweite ebenso wichtige Aufgabe, nämlich durch seine entzündungshemmende Wirkung die Verheilung der verletzten Schleimhäute, der Bronchien. Diese müssen bei allen Husten- und Lungenleiden zuerst befreit werden. Die Bronchien sind bekanntlich auch bei Untersuchungen vieler Krankheiten die Erreger und Verbreiter der Krankheiten, speziell der Hals- und Lungenleiden. Anthym wird mit bestem Erfolg angewandt bei Husten, Halsentzündungen, Krämpfen im Hals, Schlingen, atmen und fröhlichen Gedenken, Keuchhusten, Entzündungen der Kinder, Grippe, Lungenentzündung, besonders auch bei dem abendlichen Husten und bei tuberkulösen Husten. Anmerkungen geben immer mehr ein nach lauten Äußerlichkeiten: Ich litt den ganzen verflochten Winter an Lungen- und Herz-Krankheiten, nach dem Winter, hatte ich sehr schwere Asthmafälle, so daß ich bei Nacht im Bett unbedingt nicht schlafen konnte. Es war wirklich sehr unheimlich. Lange Zeit nahm ich täglich zweimal Pulver aus Weiz und Hopfen, keine Wirkung war zu erwarten. Nach dem Winter, trotzdem ich immer in ärztlicher Behandlung war, Alles schenken mit Pulver aus Weiz und Hopfen, nach dem Winter, wurde ich von einem Arzt mit Anthym behandelt, und die Wirkung war wirklich wunderbar. Ich machte einen Versuch und bestellte mir 4 Schachteln Anthym und empfing die zweite Schachtel, die ich eine sehr große Erleichterung, und die Kräfte kamen wieder. Auch bei den schweren Asthmafällen gänzlich verschwunden, sowie auch der Husten. Ich bin Ihnen sehr dankbar für diesen Anthym, der an dieser furchtbaren Krankheit leidet, Anthym bestes empfohlen. Achtung: Anthym ist ein sehr wichtiger; für 14 Tage reichen etwa acht Schachteln, die für 5,20 Mark bezogen werden können. Kleinste Packung = vier Schachteln für 2,70 Mark.

Apotheker F. Kost, Dresden 58, Bürgerwiese 15.

Hofschloßkonto 7915 Dresden.

Inserate in der Bergarbeiter-Zeitung bringen stets guten Erfolg.

### Garantie-Fahrräder

mit Freilauf

Herren: 75<sup>00</sup> M. franko

Damen: 83<sup>00</sup> M. franko

Man verlange Katalog von der Fahrradfabrik Sigard-Gesellschaft in Cassel 78

### Gute Taschenuhr, bern., nur 2,75 Mk.



Fr. 4. Herren-Unter-Memontotuhr, verfertigt mit Goldrand, Schärfer, soeben Biegel, Nr. 4. - Nr. 5, diefelbe, mit best. Werk, Mk. 5,50. Nr. 6, Sprungdeckeluhr, 3 Biegel, verguldet, höchst, Schweiz, Werk, Mk. 10,50. Nr. 7, Damen-Unter-Memontotuhr, echt verfertigt mit Goldrand, Mk. 5,50. Nr. 8, Memontotuhr, verfertigt, Mk. 9,40. Spezialität, echt reguliertes Werk mit voller Garantie für ein Jahr. Uhrenhaus Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Geisotr. 3



### Rheumatismus! Über 8000 Anerkennungen in 2 Jahren.

Dieser große Erfolg ist die natürliche Folge der erprobten Zusammensetzung unseres seit 26 Jahren bewährten Dr. Zinsser's Rheumatismus-Tees. Als ein reines Naturprodukt wirkt Dr. Zinsser's Rheumatismus-Tees angenehm und zuverlässig von innen heraus, räumt die überschüssige Säure aus dem Körper aus und stärkt damit dessen natürliche Widerstandskraft gegen Gicht, Ischias, Podagra und Rheumatismus. So schreibt Herr Paul Sauerstein in Zwickau Niederhauau: Ich muß Ihnen mitteilen, daß ich mit Ihrem Rheumatismus-Tees trotz meines 20jährigen Leidens sehr zufrieden bin. Ich werde Ihren Tee auch fernhin gebrauchen und Tausende schreiben ähnlich. Machen auch Sie einen Versuch! Wir liefern Ihnen dann ein Probepaket unter Nachnahme zum Ausnahmepreis von Mk. 1,50 porto- und spesenfrei durch unsere Versandapotheke, sowie kostenlos eine Schrittl. Was ist und wie heißt man Rheumatismus?, die Ihnen viele wertvolle Winke für die Bekämpfung Ihres Leidens geben wird. Schreiben Sie aber sofort, denn um so rascher kann Ihnen dann ja auch geholfen werden. Dr. Zinsser & Co., Leipzig 483 1898 gegründet.

## Hausfrauen! Gleiche Brüder, gleiche Kappen! Industrieunternehmer und Privathändler haben gleiche Interessen. Meidet den Privathandel und seine Lockungen. Werdet Mitglieder des Konsumvereins „Wohlfahrt“ Bochum

### billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund große, gute gefüllene Bettfedern 1, - 1,20 Mk., halbweiße flaumige 1,50 Mk., weiße flaumige, gefüllt 2, - 2,50, 3, - Mk., feine gefüllte, Halbflaum-Gewichtsbettfedern 4, - 5, - 6, - Mk. Versand postfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franco. Umsonst gepackt, für Nichtgehend, Geld retour. Preisliste gratis.

S. Kersch, Prag XII, Böhmen, Kramerlova Nr. 26/709.

### H. Hansmann & Co

Buchdruckerei u. Buchhandlung

liefern Drucksachen aller Art für Zahlstellen:

Sandzettel, Flugblätter, Rundschreiben, Mitteilungen, Briefbogen, Programme, Eintrittskarten, Plakate, Diplome u. s. w.

Bochum, Wiemelhauser Straße 42



## Millionen Menschen

alt und jung, in allen Teilen der Welt, erfreuen sich der angenehmen Wirkung und des hervorragenden Wohlgeschmacks von WRIGLEY P.K.-Kau-Bonbons.

Erfrischend, von dauerndem Aroma, vorzüglich für Zähne und Mund. Regen den Appetit an und fördern die Verdauung.

Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Ueberall erhältlich!

# WRIGLEY

## KAU-BONBONS



WRIGLEY AKTIEN-GESELLSCHAFT, FRANKFURT A.M.

### Flussan

Leistung, welche nicht durch das ewige Spielen des Wassers erreicht werden kann. Das Wasser ist ein Mittel zur Reinigung, aber es kann auch ein Mittel zur Verunreinigung sein. Flussan ist ein Mittel zur Reinigung und zur Vermeidung von Krankheiten. Es ist ein Mittel zur Reinigung und zur Vermeidung von Krankheiten. Es ist ein Mittel zur Reinigung und zur Vermeidung von Krankheiten.

### Pfadbinder

mit 68 Rad an. Spezialität. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Yodol

Spezialität. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Bettfedern

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Bettfedern

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Neurassthenie

Spezialität. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Futterale

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Breuer's Strangtabak

aus der alten Tabakfabrik Ludwig-Breuer, Köln. allgemein beliebt. Preis: 1,25 pro Rolle.

### Holsteiner Käse

aus Edamer Form. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Böhmische Bettfedern und Betten

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Honig

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Diplome

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Kugeln

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Arbeiter-Absinentenbund

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Billige böhmische Bettfedern

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Gesucht sofort

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### Otto Hue, sein Leben und Wirken

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.

### 9 Holländer Käse

aus Feinwolle gefüllt. Preis: 1,50 Mk. Versand postfrei.